E&W

GEW

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Mai 2018 | 27.04.2018

Die Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen

04

05

10

21

Titelbild: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Berlin

Inhalt

Schwerpunkte

GEW & DGB: Marlis Tepe Hauptrednerin in Hannover 04

Neuer DGB-Vorsitzender 05

Abschluss TVöD als Ausblick für TV-L 06

GEW schließt Tarifvertrag mit Arbeitgeberverband VPK 06

Vermeintlich alternative Gewerkschaften und nationaler „Sozialismus“ 07

Politik und Recht

Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention 10

Verauslagung von Kosten für eine Klassenfahrt 12

Aktuelle Zahlen zur Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen 13

Besetzung der A 13-Stellen für Realschullehrkräfte verläuft problematisch 14

Aus der Organisation

Datenbasiertes Schulleitungshandeln 16

Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne 17

AG Courage gegen Rechts in der GEW Niedersachsen 18

Veranstaltung zur Arbeit in Schulen mit besonderen Herausforderungen 18

Bildungstag zum Thema „Individualisierter Unterricht“ 20

Ehrungsveranstaltung der Peiner GEW 21

Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus 22

LesePeter 23

Aus der Personalratsarbeit 24

JubilarInnen 28

Termine 30

Verstorbene 30

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, email@gew-nds.de
www.gew-nds.de
Vorsitzende: Laura Pooth
Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur):
Christian Hoffmann
Redakteurin: Nicole Puscz
Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint 8x – 9x jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
Redaktionsschluss ist der 1. Februar, der 1. März, der 1. April, der 1. Mai, der 1. August, der 1. September, der 1. Oktober, der 1. November und der 1. Dezember 2018. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung:
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2017
Anzeigenschluss siehe Terminplan
Editorial Design: Aron Jungermann
mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162
ISSN 0170-0723

Redaktionsschluss der E&W Juni/Juli 2018 ist der 1. Mai. Sie erscheint am 31. Mai 2018.

SOLIDARITÄT – VIELFALT – GERECHTIGKEIT

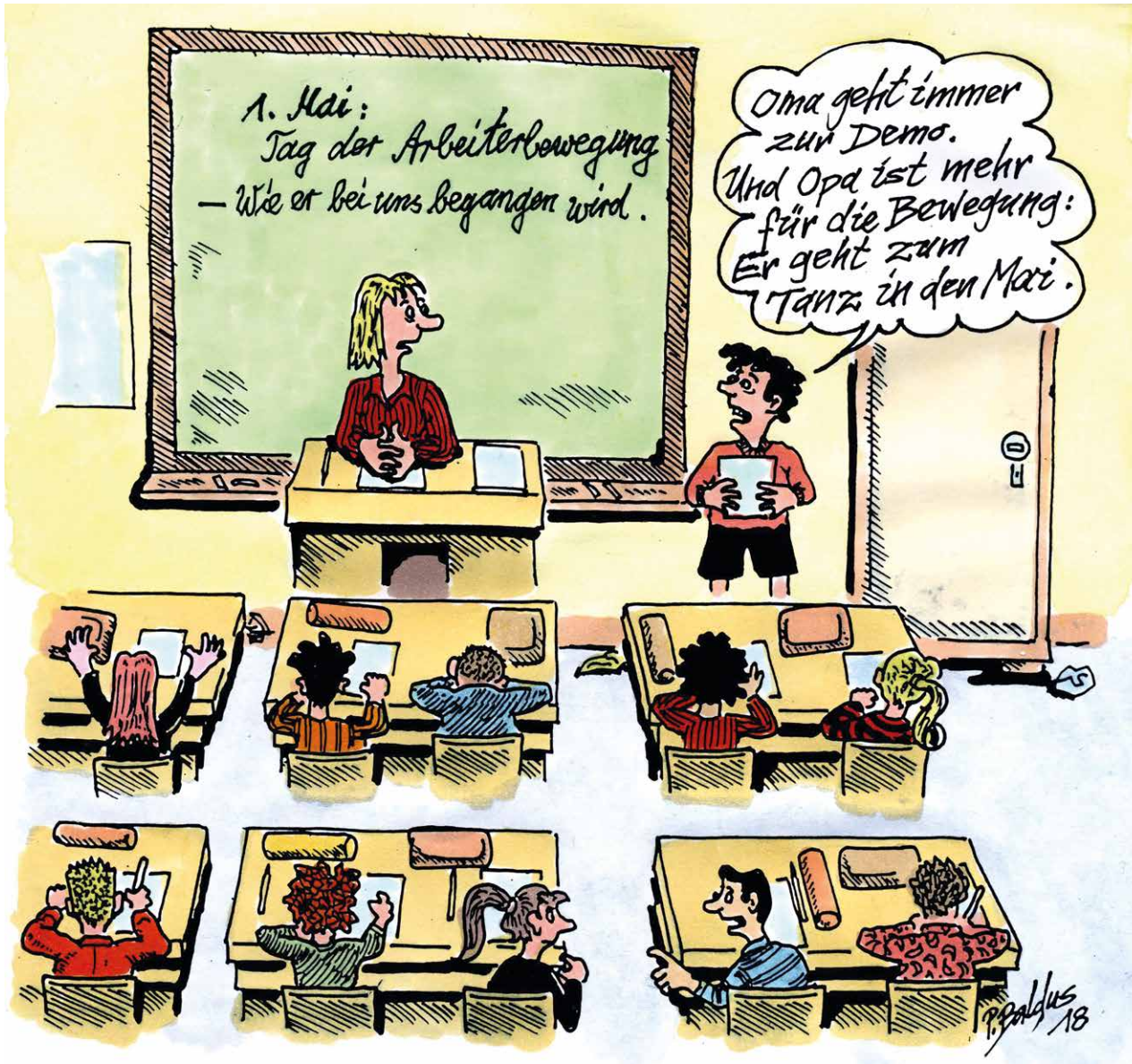
Der 1. Mai ist unser Tag, gewissermaßen der internationale Kampftag der Menschen für gute Arbeit! Wobei die für 2018 gewählten Schlagworte einen Teil dieses Kampfes der Gewerkschaften verdeutlichen: für Vielfalt, Gerechtigkeit und Solidarität. In Gedenken an das Chicagoer Ereignis aus dem Jahre 1886, bei dem tausende Arbeiter in einen mehrtägigen Generalstreik traten, um den Achtstundentag durchzusetzen, ruft auch der Deutsche Gewerkschaftsbund am 1. Mai zu Streiks, Demonstrationen und sogenannten Maispaziergängen auf. An dieser Tradition müssen wir festhalten und den politisch Verantwortlichen auch in diesem Jahr zeigen, welche Verbesserungen für die Beschäftigten und den Arbeitsmarkt dringend notwendig sind – und selbstverständlich für diejenigen, die leider keine Arbeit haben oder bereits im Ruhestand sind. Wir lassen es nicht zu, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden sollen – solidarisch und entschlossen.

Deshalb bitte ich euch, an Kundgebungen im ganzen Land teilzunehmen, um gemeinsam für gute Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa an die Öffentlichkeit zu treten. Ich selbst werde am 1. Mai in Nordenham dabei sein, während die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe in der Landeshauptstadt spricht. Viele weitere Gewerkschafter*innen aus unseren Reihen – Beschäftigte, Studierende oder Ruheständler*innen – werden in ganz Niedersachsen zusammen mit den Mitgliedern und Freund*innen der anderen DGB-Einzelgewerkschaften dasselbe tun, um auch unsere Vielfalt zu dokumentieren.

Ein weiteres Thema, das zurzeit vor allem die Mitglieder bewegt, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, ist die Tarifrunde. Diesmal forderten die Gewerkschaften sechs Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro. Damit der Abstand zu den Industriebeschäftigten nicht wieder größer wird, waren gemeinsame Protestaktionen, wie die nach der gescheiterten Runde am 15./16. März, notwendig. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser E&W waren die Aktionen und Verhandlungen noch nicht zu einem guten Ende gekommen, unsere Maxime aber stand weiter fest: Es muss endlich gerecht zugehen!

In diesem Sinne wünsche ich allen einen erfolgreichen Maifeiertag!

Laura Pooth
ist Vorsitzende der
GEW Niedersachsen



Karikatur: Peter Baldus

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit

GEW & DGB: Marlis Tepe Hauptrednerin in Hannover

1. Mai

Die Regierungen in Hannover und Berlin haben sich als Große Koalitionen gefunden und zumindest medial erste Pflöcke eingeschlagen. Die politischen Aussagen waren dabei zu Beginn höchst unterschiedlich. Bundesgesundheitsminister und Lobbyist Jens Spahn drosch erst einmal verbal auf Hartz-IV-Empfänger*innen und Abtreibungsbefürworter*innen ein, während Innenminister Horst Seehofer deutschtümelnd kurzerhand eine ganze Religion diffamierte. Natürlich gab es andererseits konstruktive Pläne von Seiten anderer Regierungsmitglieder, doch eine ähnliche populistische Wucht hatten sie selten.

Auf der niedersächsischen Landesebene gingen die Protagonisten dagegen eher unauffällig vor. Kultusminister Grant Hendrik Tonne scheint noch nach den großen Würfen zu suchen (siehe letzte E&W), mit denen er die GEW überzeugen kann, auch Wissenschaftsminister Björn Thümler sammelte nach 100 Tagen im Amt vorrangig anstehende Vorhaben, wie seine Homepage ausweist. Finanzminister Reinhold Hilbers allerdings begann, die metaphorischen Taschen des Landes präventiv zuzunähen, um 2019 ohne neue Schuldenaufnahmen auszukommen. Umfassender Gestaltungswille war also kaum zu erkennen, worauf die Gewerkschaften bei den Kundgebungen zum Tag der Arbeit in aller Deutlichkeit hinweisen werden.

Die GEW, ihre Partnergewerkschaften und der DGB sind nämlich deutlich konkreter in ihren Vorstellungen: mehr soziale Gerechtigkeit, mehr solidarische Politik, mehr Förderung der Vielfalt. Solidarität statt gesellschaftlicher Spaltung und Ausgrenzung, klare Kante gegen Rassismus und extreme Rechte, so formuliert es der DGB in seinem Mai-Aufruf. Für all das braucht es ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur finanziert wird, und einen öffentlichen Dienst, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. An der

Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sowie der auskömmlichen Finanzierung sämtlicher Bildungsbereiche geht kein Weg vorbei – am 1. Mai führt er die Beschäftigten erneut auf die Straßen und Plätze, um entsprechende Forderungen aufzustellen. Dabei wird es wichtig sein, dass alle Generationen vertreten sind und den Tag der Arbeit tatsächlich als solchen verstehen.

Angesichts aufziehender Aktivitäten der extremen politischen Rechten (siehe gesonderter Beitrag dazu ab Seite 7) tun die Gewerkschaften gut daran, mit Vehemenz und Kampfeskraft in die Öffentlichkeit zu treten.

Die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe, wird bei der zentralen Veranstaltung vor dem Neuen Rathaus in Hannover (moderiert von Niedersachsen GEW-Pressesprecher Christian Hoffmann) die Hauptrede halten. Die Landesvorsitzende Laura Pooth tritt in Nordenham auf die DGB-Bühne und spricht dort zu den Demonstrierenden. Darüber hinaus ist die GEW bei zahlreichen weiteren Veranstaltungen präsent und aktiv.

Foto: Christian Hoffmann

Tepe und Pooth hier im Herbst 2017

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Neuer DGB-Vorsitzender

Mehrdad Payandeh ist der neue Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt und damit Nachfolger von Hartmut Tölle. Bei der DGB-Bezirkskonferenz in Hannover stimmten Anfang Februar 99 Prozent der Delegierten für den 57-Jährigen.

Foto: DGB

Er wolle für gute Arbeit kämpfen, betonte Payandeh in seiner Rede: „Nicht billige und unsichere Jobs, sondern gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen müssen das Markenzeichen unserer Gesellschaft werden!“ Außerdem warb er für mehr Investitionen: „Die Zukunft ist nicht umsonst zu haben. Wir brauchen eine Investitions-Agenda. Bund und Länder verzeichnen Überschüsse, aber alle wollen sparen – während die Hälfte der Brücken und Schulen marode ist. Die gute konjunkturelle Lage ermöglicht es, deutlich mehr zu investieren.“

Am Herzen liege ihm auch der Einsatz für eine offene, tolerante Gesellschaft, machte Payandeh deutlich: „Die wachsende soziale Schieflage gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wenn wir zulassen, dass Ungleichheit wächst, entsteht unter den Armen Konkurrenz – und dann wächst die Wut auf Fremde. So wird der Boden für politische Rattenfänger bereitet. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich, sozial und politisch stabiler.“

Mehrdad Payandeh hat viel Erfahrung in gewerkschaftlicher und politischer Arbeit: Der 57-jährige studierte Wirtschaftswissenschaftler leitet seit 2010 die Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Er stammt aus einer iranischen Gewerkschaftsfamilie und floh 1985 vor politischer Verfolgung; ein Jahr später bekam er politisches Asyl in Deutschland.

Tina Kolbeck-Landau

Abschluss TVöD als Ausblick für TV-L

Aktionen zur Tarifrunde mit großer Beteiligung

Foto: Christian Hoffmann

Tarifaktion im März am hannoverschen Hauptbahnhof.

Die Tarifverhandlungen zum TVöD sollten Mitte April zum Ende gekommen sein (das Resultat stand zum Redaktionsschluss dieser E&W Anfang April noch nicht fest).

Über die konkreten Ergebnisse und Auswirkungen auf die betroffenen Beschäftigten können sich alle Interessierten unter anderem auf der Homepage des GEW-Hauptvorstandes (www.gew.de) informieren.

Die GEW Niedersachsen hat die Tarifrunde für den Bund und die Kommunen mit verschiedenen Aktivitäten unterstützt. Die Beteiligung übertraf dabei fast überall die Erwartungen. Bei den Demonstrationen und Kundgebungen waren niedersächsische Kolleg*innen dabei, um die gemeinsamen Ziele der Gewerkschaften zu unterstützen. Dies war umso wichtiger, als die erreichten Marken der TVöD-Runde immer auch eine Rolle für die in rund einem dreiviertel Jahr beginnenden Verhandlungen zum TV-L spielen.

Noch haben die GEW-Gremien und die der anderen beteiligten Gewerkschaften für den Bereich TV-L zwar keine Forderungen aufgestellt, doch das Ende der aktuellen TVöD-Runde läutet gewissermaßen schon den Beginn der nächsten Runde ein, die dann die Mehrzahl der niedersächsischen GEW-Mitglieder betreffen wird.

Laura Pooth

Foto: Nadine Kaminski

GEW schließt Tarifvertrag mit Arbeitgeberverband VPK

Zwischen dem Arbeitgeberverband VPK (privater Träger der Kinder- und Jugendhilfe e.V.) und der GEW Niedersachsen konnte am 6. April 2018 die Einigung über einen Tarifvertrag erzielt werden.

Verhandlungsführer für die GEW war Rüdiger Heitefaut, für den VPK Michael du Carrois (auf dem Foto beide in der Bildmitte). Erstmals konnten damit für die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Einrichtungen per Tarifvertrag die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geregelt werden. Dabei wurden ein Rahmentarifvertrag, ein Entgelt-Rahmentarifvertrag sowie ein Entgelttarifvertag abgeschlossen. Für die in den Feldern Kinder- und Jugendhilfe tätigen sozialpädagogischen Fachkräfte und weitere Mitarbeitergruppen konnte das Niveau des TVöD in weiten Teilen erreicht werden. Für bestimmte Berufsgruppen wurden zum Teil bessere Bedingungen ausgehandelt. Ein Tarifvertrag zur Besitzstandswahrung für Beschäftigte mit alten Ansprüchen sorgt zudem dafür, dass es zu keinen Verschlechterungen kommen kann. In einer der nächsten Ausgaben werden wir die Tarifeinigung genauer vorstellen.

Rüdiger Heitefaut

Links blinken, scharf rechts abbiegen

Vermeintlich alternative Gewerkschaften und nationaler „Sozialismus“

Noch ist Niedersachsen in dieser Beziehung ein weißer Fleck. In Sachsen (Leipzig, Görlitz), Baden-Württemberg (Sindelfingen, Rastatt, Waiblingen, Stuttgart-Untertürkheim), aber auch in Rüsselsheim, Bremen und Hamburg sieht es schon anders aus. Worum geht es? Zu den diesjährigen Betriebsratswahlen traten sogenannte „alternative“, genauer: extrem rechte Listen an. Der Schwerpunkt liegt gegenwärtig noch im Automobilbereich. Doch mit der Gründung der „Dienstleistungsgewerkschaft Luft, Verkehr, Sicherheit“ durch das AfD-Mitglied Robert Buck am Flughafen Hamburg gibt es auch erste Duftmarken im Dienstleistungssektor.

Ob die GEW zukünftig bei Personalratswahlen Konkurrenz aus der rechten Ecke zu erwarten hat, ist gegenwärtig noch nicht absehbar, ebenso wenig ein Auftreten derartiger Gruppierungen im Zusammenhang mit dem 1. Mai. Aber dass auch Gewerkschaftsmitglieder keineswegs immun sind gegenüber „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, wie sie beispielsweise von der AfD propagiert wird, ist hinreichend dokumentiert.

Auf der rechten Spur

„Die Agenda 2010 hatte […] soziale Verwerfungen zur Folge. Das eilig durchgepeitschte Gesetzespaket sorgte binnen kürzester Zeit für eine in der BRD unbekannte Armutswelle, drängte Menschen in das soziale Abseits und warf Deutschland infolge prekärer Lebensumstände ganzer Bevölkerungsschichten um Jahrzehnte zurück. Der Arbeitstitel des vierten Reformpaketes 'Hartz IV' wurde zum Synonym für Armut, Ausgrenzung und eine politisch verursachte neue Unterschicht. Diese soziale Bombe wurde von der SPD-Regierung unter Schröder gezündet. Namensgeber und Konzeptentwickler Peter Hartz war Personalvorstand bei Volkswagen, Mitglied bei der SPD, Mitglied in der IG Metall und wurde von der Schröder-Regierung mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet.“ Was sich wie eine Kritik aus den Reihen der Gewerkschaftslinken liest, stammt von Simon Kaupert, veröffentlicht in der Zeitung „Alternative Gewerkschaft“, die von der von Götz Kubitschek initiierten neurechten Bewegung „Ein Prozent e.V.“ herausgegeben wird. Der aus Thüringen stammende Kaupert wurde als Gründer des Würzburger PEGIDA-Ablegers WÜGIDA bekannt. Im Mai 2015 nahm er am Pfingsttreffen der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten teil und trat in der Folgezeit bei diversen Demonstrationen als Redner für die „Ein Prozent“-Initiative auf. Mittlerweile lebt Kaupert in Halle und ist beim dortigen Ableger der Identitären

Anzeige

Bewegung, Kontrakultur Halle, aktiv. Kaupert ist auch in leitender Funktion bei der Kampagne „Werde Betriebsrat“ engagiert, mit der neurechte und AfD-nahe Kreise aktuell versuchen, in den Betrieben Fuß zu fassen.[1]

Als Keimzelle einer neuen Gewerkschaftsfront von rechts kann die von Oliver Hilburger initiierte Gruppierung „Zentrum Automobil“ im Daimler-Konzern gelten. Hilburger, der rund zwanzig Jahre in der Rechtsrock-Band „Noie Werte“ spielte, hatte nach seinem Rauswurf aus dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) im Jahr 2009 den Verein Zentrum Automobil e.V. gegründet und im folgenden Jahr bei den Betriebsratswahlen im Daimler-Werk Stuttgart-Untertürkheim mit seiner Liste zwei Betriebsratssitze erobert. Bei den Wahlen im Jahr 2014 bekam dann die von Hilburger angeführte, explizit gegen die IG Metall (IGM) agitierende rechte Opposition mit knapp zehn Prozent der Stimmen (vier Sitze im 45 Köpfe umfassenden Betriebsrat). In dem Quartett auch Hans Jaus, der ehemals als Schatzmeister der neonazistischen und inzwischen verbotenen Wiking-Jugend aktiv war.[2]

Bei den kürzlich abgeschlossenen Betriebsratswahlen im Daimler-Konzern konnte Hilburgers rechte Mini-Gewerkschaft ihren Einfluss weiter ausdehnen. In Stuttgart-Untertürkheim errang sie mit 13,2 Prozent nunmehr sechs Sitze, in Rastatt und Sindelfingen, wo sie erstmalig antrat, drei beziehungsweise zwei Sitze. Und im BMW-Werk in Leipzig sitzen künftig vier Vertreter der AfD-nahen Liste „Interessengemeinschaft Beruf und Familie“ im Betriebsrat. Anders dagegen im Daimler-Werk in Bremen-Sebaldsbrück: Hier wurde anstelle einer Listenwahl eine Personenwahl durchgeführt. Alle 41 Sitze gingen dabei an Mitglieder der IG Metall.[3]

Die deutsche Betriebsgemeinschaft

Aufschlussreiche Einblicke in das konkrete Auftreten der Betriebsratsmitglieder der Liste „Zentrum Automobil“ im Daimler-Werk Untertürkheim gibt ein Interview mit André Kaufmann, der bis Sommer vergangenen Jahres Betriebsbetreuer der IGM Stuttgart für das Untertürkheimer Werk war. In der Zeitung Express schildert er unter anderem: *„Zu erwarten, dass die so richtig stramm rechts auftreten mit entsprechend harten Sprüchen, ist falsch, das machen sie nicht. Sie treten zum einem als Kümmerer für die kleinen Sorgen und Nöte der Beschäftigten auf. Sie haben ein sehr gutes Gespür für Themen, bei denen die IGM oder der Betriebsrat manchmal ein bisschen zu langsam ist oder einfach zu viel zu tun hat. Sie nehmen auch gern die einfachen Fälle entgegen, die komplizierten werden dann gerne wieder zur IGM zurückgeschickt. Gerne gehen sie auch mal durch die Halle, schütteln hier ein paar Hände, gratulieren da mal zum Geburtstag, machen dort mal ein Witzchen. Auf der anderen Seite versuchen sie, Betriebsversammlungen zu nutzen, um mit Dreck auf die IG Metall zu werfen: Die ist dann per se korrupt, gekauft, liegt mit dem Management im Bett. Deswegen brauche es jetzt eine neue Kraft – und wenn sie die Mehrheit im Betriebsrat bekommen, werde alles besser.“*[4]

Die programmatischen Ziele und strategische Vorgehensweise der Gruppe um Hilburger umreißt André Kaufmann im selben Interview wie folgt: *„Deren Alternative ist nicht eine bessere Gesellschaft oder eine Gesellschaft, in der Klassenkonflikte offen als solche ausgetragen werden, sondern deren Vision ist die deutsche Betriebsgemeinschaft, das Prinzip Betriebsführer und Gefolgschaft und so weiter. Das sprechen sie nicht so deutlich aus, aber man merkt, wo sie hinwollen. […] Das Zentrum hat eine Programmatik, die deutlich über die AfD hinausgeht, die sie sich aber im Betrieb nicht auszusprechen trauen, nämlich nationaler Sozialismus, deutsche Betriebsgemeinschaft, Führerprinzip. Das ist ihre Vision, und der Weg zur Durchsetzung ist die Zerstörung der IGM. Da so ein gesamtnationales Programm aber bei Daimler allein nicht durchzusetzen ist, muss man sich ausdehnen, über Daimler hinaus oder zunächst mal an anderen Daimler-Standorten, und dazu benötigen sie die Unterstützung der AfD.“*[5]

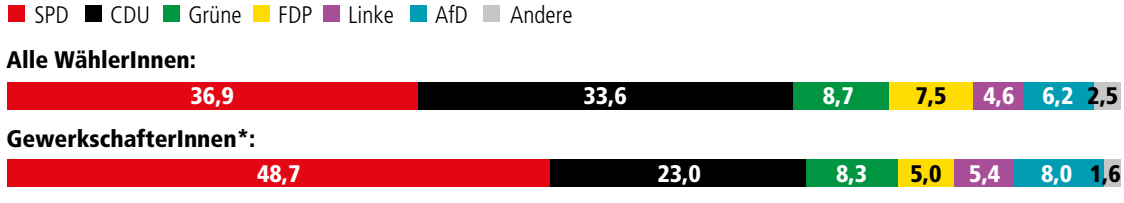
Alter Wein in blauen Schläuchen

Auch Björn Höcke, der AfD-Vorsitzende aus Thüringen, mischt sich mit einem Strategiebeitrag in der Zeitung „Alternative Gewerkschaft“ in die neurechte Betriebsratskampagne ein. Er schreibt dort „Die AfD muss den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat. Als Anwalt der Arbeiter und sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört.“[6] Dass jetzt Teile der AfD um Björn Höcke mit der Propaganda für einen nationalen „Sozialismus“ kokettieren, ist keineswegs ein neues Phänomen in der Geschichte der völkisch-nationalistischen Bewegung.[7]

Bereits das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 enthielt antikapitalistisch klingende Forderungen wie beispielsweise das „Brechen der Zinsknechtschaft des Finanzkapitals“ oder die „Enteignung des großen Grundbesitzes für gemeinnützige Zwecke.“ Insbesondere der NSDAP-Flügel um die Brüder Otto und Gregor Strasser

Gewerkschafter*innen: Acht Prozent für AfD

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2017 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund) Quelle: Der Landeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim ©einblick/DGB

versuchte, mit links klingenden Parolen die Arbeiter*innen für die Partei zu gewinnen. Innerparteilich konnte sich der Strasser-Flügel dabei vor allem auf die SA und die 1928 gegründete „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) stützen. Während der Weltwirtschaftskrise entwickelte die NSBO, gefördert vom Berliner Gauleiter Joseph Goebbels („Keine Arbeitsstelle ohne Nazizelle“), beträchtliche Aktivitäten und wuchs auf zirka 300.000 Mitglieder an. Trotzdem gelangen ihr mit ihrer Propaganda für einen „nationalen Sozialismus“ bei den Betriebsratswahlen 1932 keine nennenswerten Erfolge. Lediglich vier Prozent der Beschäftigten stimmten für die NSBO-Listen. Zwar spielten die NSBO-Mitglieder bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 noch eine federführende Rolle, dennoch waren ihre Tage gezählt. Die Führung der NSDAP, die ein Bündnis mit dem Großkapital anstrebte, stand der antikapitalistischen Agitation von NSBO und Teilen der SA ablehnend gegenüber. 1935 wurde die NSBO in die Pseudogewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) eingegliedert und somit als eigenständige Organisation aufgelöst. Gregor Strasser wurde, wie zahlreiche Führer der SA, auf Befehl Hitlers in der „Deutschen Bartholomäusnacht“ Ende Juni 1934 ermordet. Sein Bruder Otto, der 1933 Deutschland verlassen und den Krieg überlebt hatte, geriet Ende der 1940er Jahre noch einmal kurzzeitig in die Schlagzeilen. Und zwar versuchte die 1949 gegründete „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), die ein Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder war, Strasser als Kandidaten für die Bundestagswahl zu gewinnen. Da die SRP, die bei den Landtagswahlen 1951 in Niedersachsen immerhin elf Prozent der Stimmen erreichte (allerdings 1952 verboten wurde), propagandistisch an dem „sozialrevolutionären“ Flügel der NSDAP anknüpfte, glaubte man, in Strasser den idealen Vorzeigekandidaten gefunden zu haben.

Auch in der 1964 gegründeten NPD gab es seit Anbeginn einen Flügel, der sich programmatisch an Strasser anlehnte. Wesentliche Impulse für eine weiterführende Debatte gingen dann allerdings von rechten Intellektuellen aus, die sich in den 1970er Jahren, beeinflusst durch die französische Nouvelle Droite, zu Diskussionszirkeln und Kaderorganisationen der „Neuen Rechten“ zusammenfanden. „Durch den Rückgriff auf populäre Themen wie den Umweltschutz oder soziale Fragen wollten sie, verbunden mit kreativen Protest- und Aktionsformen, den nostalgischen und rückwärtsgewandten NS-Bezug der Altnazis hinter sich lassen und Schritt für Schritt gesellschaftliche Diskurse von rechts besetzen, um so eine 'kulturelle Hegemonie' zu erlangen. Im Mittelpunkt stand dabei die Propagierung eines 'nationalen Sozialismus' und eines 'dritten Weges' zwischen Marxismus und Kapitalismus.“[8]

Derartige Orientierungen breiteten sich seit Ende der 70er Jahre zunehmend auch in der NPD, vor allem auch in ihrer Jugendorganisation, aus. 1979 wurden unter ihrem Parteivorsitzenden Günther Deckert „20 Thesen zum Sozialismus“ verabschiedet, unter seinem Nachfolger Udo Voigt „die Ideen des 'nationalen Sozialismus' Schritt für Schritt in der Partei verankert.“[9] Beispielsweise versuchte sich Voigt, am 1. Mai 1998 mit der Parole: „Sozialismus ist machbar“ Gehör zu verschaffen. Wobei er allerdings einen „Sozialismus des Volkes und nicht des internationalen Klassenkampfes“[10] meinte.

„Sozial, ohne rot zu werden“?

Dass auch Mitglieder in den Gewerkschaften des DGB anfällig sind für rechte Orientierungen, ist keine neue Erkenntnis, wird allerdings durch die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2017 noch einmal bestätigt. Wie Infratest dimap bei einer Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl feststellte, wählten 21 Prozent der Arbeiter*innen die AfD, unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren es 15 Prozent.[11]

Schaut man allerdings nicht auf den Durchschnittswert aller Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur auf die im DGB organisierten Arbeiter*innen, dann fällt das Ergebnis noch weitaus problematischer aus. Bei den drei Landtagswahlen im März 2016 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) beispielsweise wurden unter den Gewerkschaftsmitgliedern „in allen drei Bundesländern deutlich überdurchschnittliche Sympathien für die AfD erkennbar. In Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt war die AfD sogar Mehrheitspartei unter den organisierten Arbeitern. In Sachsen-Anhalt stimmten 30 Prozent von ihnen für die AfD […] In diesen drei Fällen stellten die Arbeiter-Gewerkschafter also kein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern eine beträchtliche Wählerbank für die AfD dar.“[12]
Diese Ergebnisse überraschen Klaus Dörre, Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena, nicht. Er betont, dass es schon lange ein „ernst zu nehmendes rechtspopulistisches Potenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern“ gab, das „früher oder später hervorbrechen würde.“[13] Und genau an diesem Potential docken das „Zentrum Automobil“, die Bewegung „Ein Prozent“ und der AfD-Flügel um Björn Höcke an. Mit Parolen wie: „Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen“ (Höcke) oder der Behauptung, der Interessengegensatz verlaufe „nicht zwischen Arbeit und Kapital, sondern zwischen Betrieb und globalistischem Establishment“ (Kaupert), wird eine Betriebsgemeinschaftsideologie propagiert und die völkische Gemeinschaft gegen äußere Bedrohung in Stellung gebracht. Gegen diese rechte „Ausweitung der Kampfzone“ (Speit) auf gewerkschaftlichem Gebiet hilft nur eine Politik, die sich konsequent abgrenzt von Standortnationalismus und die der Parole „Sozial geht nur national“ den grenzüberschreitenden Internationalismus der abhängig Beschäftigten entgegensetzt. Oder, um es mit den Worten von Klaus Dörre zu sagen: Gewerkschaften „müssen wieder zu sozialen Bewegungen werden. Und sie müssen härter in der Sache werden. Die Menschen wollen sehen, dass sich etwas ändert: höhere Löhne, stärkere Vertretung, mehr Öffentlichkeit für die Belange der durchschnittlichen Arbeitnehmer.“[14]

Ralf Beduhn
AG Courage gegen Rechts

---

[1] Vgl. www.lsa-rechtsaussen.net/tag/kaupert-simon/
[2] Vgl. Stern, 01.02.2018
[3] Vgl. www.labournet.de, 05.03. und 22.03.2018
[4] Z.n. www.labournet.de, 05.03.2018
[5] Z.n.ebd.
[6] Björn Höcke: Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus. In: Alternative Gewerkschaftszeitung. Hrsg. von Ein Prozent e.V., Frühjahr 2018
[7] Vgl. im Folgenden Stefan Dietl: Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und 'völkischem Antikapitalismus'. Münster 2017, S. 50ff
[8] Ebd. S.56. Auch der Kreisvorsitzende der AfD im Landkreis Diepholz, Andreas Iloff, befindet sich offensichtlich auf dieser ideologischen Linie. In einem Einladungsschreiben des von ihm konspirativ geführten „ Deutschen Bundes“ stilisiert er seine Organisation als „Freiheitsbewegung zur Überwindung der uns fesselnden und beherrschenden Ideologien (Kapitalismus, Kommunismus, Zionismus...)“. Dazu passt auch, dass Iloff in seiner Schmiede zeitweilig ein Banner der “Schwarzen Front“, der von Otto Strasser gegründeten „nationalrevolutionären“ Kampforganisation, hängen hatte.
[9] Z.n.Dietl, ebd., S. 56.
[10] Vgl. Andreas Speit: Rechte im Betriebsrat: Ausweitung der Kampfzone. taz 05.03.18
[11] Richard Stöss: Rechtsextremismus und Gewerkschaften in Europa. Berlin 2017, S.35
[12] Z.n. Speit, ebd.
[13] Interview mit Klaus Dörre in www.zeit-online.de, 14.02.2018
[14] Ebd.

Uneingeschränktes Recht auf Teilhabe

Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention

Am 3. Mai 2008 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), in Kraft getreten. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland, als einer der ersten Staaten am 30. März 2007, hat sich in diesem Jahr unser Land seit über zehn Jahren verpflichtet, die Forderungen und Grundsätze dieser Konvention umzusetzen.

Die Konvention beschreibt und definiert die universellen Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen. Sie legt somit fest, dass Menschen mit Beeinträchtigungen ein Leben lang ein uneingeschränktes und selbstverständliches Recht auf Teilhabe besitzen.

Die grundsätzliche Leitidee der UN-BRK ist „Inklusion". Es geht also nicht darum, dass sich die oder der Einzelne wie bei der vorher angestrebten Integrationsbewegung anpassen muss, um teilhaben und selbst gestalten zu können. Sondern es geht darum, dass sich in allen Gesellschaftsbereichen die Voraussetzungen so verändern und anpassen, dass eine Teilhabe mit und ohne unterstützende Maßnahmen möglich ist. Es geht also darum, dass sich unsere Gesellschaft öffnet und Vielfalt unser selbstverständliches Leitbild wird. Es geht um eine tolerante Gesellschaft, in der alle mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Voraussetzungen anerkannt sind und ihren Beitrag für das Zusammenleben leisten können.

Wie weit haben sich Gesellschaftsbereiche in den letzten zehn Jahren diesen Grundsätzen der Konvention angenähert?

Bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung lässt sich feststellen, dass diese Entwicklung in vielen Bereichen bei weitem nicht ausreicht und oft ins Stocken gerät. Inklusion, als eine grundsätzliche und fundamentale Einstellung, spielt in unserer Gesellschaft auch weiterhin eine randständige und untergeordnete Rolle. Häufig setzen sich Menschen erst mit diesem Thema auseinander, wenn sie selbst oder Familienmitglieder von Behinderung, Beeinträchtigung oder Ausgrenzung betroffen sind. Zu oft dominiert der Gedanke einer leistungsorientierten und normorientierten Gesellschaft, in der Pluralität und „Anders sein" keine Rolle spielt, stört oder unerwünscht ist.

Im Artikel 8 der BRK „Bewusstseinsbildung" verpflichten sich die Vertragsstaaten „sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um (…) in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern" und „das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit

Foto: Adobe Stock © beeboys

Behinderungen zu fördern.“ In unserem Alltag kommen davon sicherlich auf sportlicher Ebene einige Impulse, wie die Wahl des „Behindertensportlers“ oder eine leicht erweiterte Berichterstattung von den Paralympischen Spielen an. Aber allein die Situation, dass diese getrennt von den Olympischen Spielen durchgeführt werden, zeigt, dass es sich ausschließlich um zaghafte Ansätze handelt, die eine wirkliche Beteiligung im Alltag noch ausschließen. Sobald, nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen, der output-gesteuerte Leistungsgedanke als primäre Einstellung gesehen wird, müssen inklusive Leitgedanken einer gleichen Wertigkeit eines jeden Menschen und seiner Beiträge zurückstehen.

Auch wenn wir als Bildungsgewerkschaft die inklusive Entwicklung im schulischen Bereich häufig als schleppend kritisieren, lässt sich doch feststellen, dass der Artikel 24 „Bildung“ bisher die meisten Entwicklungen und Veränderungen hervorgerufen hat. Das Thema Inklusion spielt im Bereich Bildung durchaus eine große Rolle. Die Umgestaltung unseres separierenden Bildungssystems zu einer inklusiv ausgerichteten Schullandschaft wird thematisiert und, wenn auch in sehr kleinen Schritten, angegangen. Jedoch scheint es auch hier Widerstände zur Umsetzung der BRK zu geben, die häufig, wie zuletzt bei der Schulgesetzänderung, zu Verzögerungen und Rückschritten führen.

Und nach der Schule folgt dann ein Bereich, dessen Leitgedanken in der BRK im Artikel 27 „Arbeit und Beschäftigung“ beschrieben sind und bei weitem die geringsten Anzeichen einer inklusiven Ausrichtung aufweist. Sobald Gewinnstreben, Wirtschaftlichkeit und Expansion die Ziele für Betriebe, Dienstleister und Unternehmen vorgeben, scheint es auch zehn Jahre nach in Kraft treten der Behindertenrechtskonvention vollkommen ausgeschlossen zu sein, Abläufe so anzupassen und zu strukturieren, dass Menschen mit Beeinträchtigungen eine größtmögliche Teilhabe ermöglicht werden kann.

Insgesamt ist nach zehn Jahren UN-Behindertenrechtskonvention ein durchwachsenes Fazit zu ziehen. Die Unterzeichnung und Verpflichtung zur Umsetzung der Leitgedanken stellt einen positiven Paradigmenwechsel für die Wahrnehmung und den Umgang mit Beeinträchtigung dar. Die Teilhabe von Menschen unabhängig von ihrer Behinderung hat sich in einigen Bereichen positiv verändert. Der Bericht vom März 2015 bei der Monitoring-Stelle der BRK beim Deutschen Institut für Menschenrechte zeigt allerdings auch, dass Inklusion noch nicht als Leitgedanke in der Gesellschaft angekommen ist. Es bedarf auch weiterhin einer kritischen Begleitung der Umsetzung der UN-BRK, um zum nächsten Bericht im März 2019 eine deutliche Verbesserung anzustreben.
Es gibt zahlreiche gesellschaftliche Bereiche, wie beispielsweise die Berufswelt oder Bildung, in denen inklusive Leitgedanken weiter verfolgt werden beziehungsweise zunächst einmal Einzug halten müssen.

Kreativität, Vielfalt, Flexibilität und Vielfalt sind in unserer Gesellschaft als positive Eigenschaften anerkannt. Bei der Anwendung auf die eigene Ausrichtung einer Gesellschaft fallen sie jedoch häufig noch schwer.

Holger Westphal
stellvertretender
Landesvorsitzender

Aus der GEW-Rechtsberatung

Verauslagung von Kosten für eine Klassenfahrt

Ein Kollege hatte als Klassenlehrer mit seiner Klasse eine Abschlussfahrt unternommen. Eltern mehrerer Schüler*innen zahlten trotz vorher gegebenem Einverständnis die hierfür anfallenden Kosten nicht. Um die Fahrt nicht in Frage zu stellen, verauslagte der Kollege die Kosten in Höhe von insgesamt mehr als 450 Euro.

Mehrfache Zahlungserinnerungen, die der Kollege an die Eltern versandte, und Kontaktaufnahmen blieben erfolglos. Die GEW gewährte dem Kollegen Rechtsschutz für das weitere Vorgehen. Der von der Landesrechtsstelle beigeordnete Rechtsanwalt Karl Otte setzte außergerichtlich eine Kostenerstattung gegenüber der Niedersächsischen Landesschulbehörde mit folgender Begründung durch:

Zwischen den Eltern und dem Land Niedersachsen ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zustande gekommen, in dem sich diese verpflichteten, die Kosten für die Teilnahme ihrer Kinder an der Klassenfahrt zu übernehmen. Das Land ist Inhaber des Zahlungsanspruchs, der im Streitfall auf öffentlich-rechtlichem Wege über das zuständige Verwaltungsgericht geltend gemacht werden müsste (vgl. hierzu Urteil des VG Braunschweig vom 22.06.2004 – 6 A 149/04). Der Klassenlehrer selbst hätte wegen des öffentlich-rechtlichen Charakters der Angelegenheit nicht die Möglichkeit, Ansprüche gegenüber den Eltern geltend zu machen. Er hat aber seinerseits einen Anspruch auf Erstattung gegenüber seinem Dienstherrn in unmittelbarer oder mittelbarer Anwendung der Bestimmung des § 683 BGB (Ersatz von Aufwendungen bei Übernahme einer Geschäftsführung, wenn diese dem wirklichen oder mutmaßlichen Willen des Geschäftsherrn entspricht).

Betroffene Mitglieder ähnlicher Fälle können sich an die Landesrechtsstelle wenden, um Rechtsschutz zu erhalten.

Foto: Adobe Stock © industrieblick

Aktuelle Zahlen zur Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen

Kein Grund zum Jubeln, aber immerhin

Durchschnittliche 89,4 Prozent Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2017/18 an den öffentlichen berufsbildenden Schulen in Niedersachsen sind im Vergleich zum Schuljahr 2016/17 eine Verbesserung um 1,3 Prozent.

Die zentrale Stellenbewirtschaftung unterstützt die Tendenz nach oben deutlich. Leider zeigt sich auch, dass in Niedersachsen längst nicht mehr alle Stellen an den berufsbildenden Schulen besetzt werden können, was auch in der Statistik nachvollziehbar dargestellt wird (**www.mk.niedersachsen.de** zeigt die aktuellsten Zahlen).

Zum Stand 6. Dezember 2017 wurden zwar über 500 Einstellungsmöglichkeiten landesweit bekannt gegeben, diese konnten aber nicht alle besetzt werden. Zudem reichen diese Stellen meistens nur aus, um das Lehrkräfte-Potenzial zu halten und dies auch nicht an allen Berufsbildenden Schulen.

Die besorgniserregenden niedersächsischen Zahlen spiegeln auch den Trend auf Bundesebene wider, die Broschüre „Prognose der Schüler*innenzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen bis 2030“ (zu beziehen über **broschueren@gew.de**) zeigt eine detaillierte Entwicklung: Dieter Dohmen vom FIBS Forschungsinstitut hat im Auftrag der GEW (Initiator Ansgar Klinger, als Leiter des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung im Geschäftsführenden Vorstand der GEW) Zahlen erhoben. Die letzten „aktuellen Zahlen“ auf Bundesebene von der Kultusministerkonferenz (KMK) für das Berufsbildende System stammen aus dem Jahr 2013.

Dohmen rechnet bundesweit mit rund 220.000 zusätzlichen Schüler*innen durch die gestiegenen Geburtenzahlen in den letzten Jahren, bis 2030. Zusätzliche Herausforderungen, die auch mehr Lehrer*innen erfordern, wie zum Beispiel die Beschulung von Geflüchteten, die Inklusion und so weiter seien noch zusätzlich erwähnt. Ansgar Klinger nennt schon im Vorwort der Broschüre die Fakten: „…Sollten bisherige Standards nicht unterschritten werden, kommen beispielsweise allein im Jahr 2025 mindesten 1,6 Milliarden Euro Mehraufwendungen auf die öffentliche Haushalte zu“. In seinen ergänzenden Informationen und Maßnahmen am Ende der lesenswerten Broschüre kommt er zu dem Ergebnis, dass schon im Jahr 2025 etwa 22.000 zusätzliche Lehrer*innen an den beruflichen Schulen in ganz Deutschland benötigt werden. Im letzten Teil der informativen Broschüre stellt er Maßnahmen vor, die zur Deckung des Lehrerbedarfs erforderlich sein werden und die eine Herausforderung auf allen Ebenen des Bildungssystems in Deutschland darstellen. Die Umsetzung der Forderungen der „Initiative Bildung. Weiter denken!“ ist unabdingbar. Wenn das Duale System sowohl länder- als auch bundesweit seinen hohen Wert behalten soll, benötigt es dringend mehr Stärkung auf allen Ebenen, nur Anerkennung reicht nicht aus.

Britta Delique
Mitglied im Schulhauptpersonalrat
und Leitungsteam Bundesfachgruppe für kaufmännische Berufe

Landesfachgruppe RHO

Besetzung der A 13-Stellen für Realschullehrkräfte verläuft problematisch

Es rumort in den Kollegien. Und das zu Recht! Nicht nur im Verfahrensablauf der Besetzung der A 13-Stellen wurden Schwierigkeiten deutlich. Die A 13-Stellen an sich spalten die Kollegien vor Ort und sorgen für Unruhe. Dies war zu erwarten und die GEW Niedersachsen hat das Kultusministerium (MK) im Vorfeld mehr als nur einmal darauf aufmerksam gemacht. Doch der Forderung: A 13 für alle, ohne dafür Bedingungen an die Kolleginnen und Kollegen zu stellen, kam das MK bisher nicht nach.

In der vorigen Ausgabe der E&W Niedersachsen stellte Cordula Mielke aus dem Schulhauptpersonalrat beim MK fest, dass die jetzt zu besetzenden Stellen „weder einen Ersatz für die Forderung „A 13 für alle“ darstellen noch als Einstieg in eine generelle Besoldungserhöhung“ zu werten sind (E&W Niedersachsen April 2018, S. 22). Außerdem sind diese A 13-Stellen an bestimmte zusätzliche Aufgaben an der Dienststelle gebunden. Dies bedeutet, dass man bei Versetzung an eine andere Schule die Besoldung nach A 13 nicht „mitnehmen“ kann.

Ausschreibungsverfahren

Bereits bei der Ausschreibung der A 13-Stellen für Realschullehrkräfte ergaben sich diverse Schwierigkeiten.

Die Stellenausschreibungen waren für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen vor Ort im Vorfeld häufig genauso wenig transparent wie für die Personalvertretungen in den Schulbezirkspersonalräten in der Landesschulbehörde insgesamt. Dies ist in besonderer Weise ein Problem, da zum Teil durch die Ausschreibungen bestimmter Tätigkeiten (unter anderem Sicherheitsbeauftragter, Einführung des digitalen Klassenbuches) die personalrätliche Mitbestimmung unterlaufen wurde.

Sieht man sich die Ausschreibungen an, so kann man an manchen Stellen außerdem leicht den Eindruck erhalten, dass sich die Schulleitungen im Vorfeld Kolleginnen und Kollegen „ausgesucht“ haben und die Stellenbeschreibungen dann so formuliert haben, dass sie nur auf eine bestimmte Person passt.

An anderen Stellen wurden viel zu umfangreiche Arbeitsgebiete formuliert, was eine Ungleichbehandlung der (künftigen) Stelleninhaber zur Folge hat und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn (Schulleitung) deutlich vermissen lässt.

Zum Teil wurde auch versucht, Schulleitungsaufgaben, die nicht übertragbar sind, durch die Stellenausschreibungen in den A 13-Stellen unterzubringen.

Die GEW-Mitglieder in den Schulbezirkspersonalräten haben sofort, nachdem sie Kenntnis dieser Probleme hatten, mit der Landesschulbehörde verhandelt, um die strittigen Fälle zu befrieden. Dies war leider nicht immer erfolgreich. Eine offizielle Information der Personalräte im Vorfeld über die geplanten Ausschreibungstexte wäre vonnöten gewesen. Doch mit dem Argument, dass die Stellen von den Schulen ausgeschrieben werden und dass bei der Gestaltung der Ausschreibungstexte von Stellen keine Mitbestimmung besteht, hielt man sich die Personalräte auf Abstand. Unter anderem diese Probleme sind bereits von den Stellenbesetzungen der A 14-Stellen an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen bekannt und werden seit Jahren von der GEW kritisiert.

Informationspolitik der übergeordneten Behörden
Ein weiteres Problem stellt die Bewerbungsfähigkeit auf die ausgeschriebenen Stellen dar. Nicht alle an Realschulen, Realschulzweigen oder Oberschule arbeitenden Lehrkräfte sind auch bewerbungsfähig. Nur Realschullehrkräfte (A 12) oder Personen, denen die Ergänzungsqualifikation Realschullehramt anerkannt wurde, können sich bewerben. Über diesen Sachverhalt wurde jedoch viel zu spät von Seiten des MK und der NLSchB informiert. Der Erlass zum „Erwerb einer Ergänzungsqualifikation für ein Lehramt“ kam 2012 heraus. Es wurde dabei jedoch nicht klar kommuniziert, dass er in Verbindung mit später ausgeschriebenen A 13-Stellen stehen würde. Dies wurde erst durch den Erlass „Schulfachliche und organisatorische Aufgaben für Realschullehrerinnen und Realschullehrer…“ im Jahre 2017 klar, der das Stellenausschreibungs- und Bewerbungsverfahren einleitete.

So konnten Kolleginnen und Kollegen, welche die Anerkennung der Ergänzungsqualifikation Realschullehramt beantragen wollten, dies zwar noch tun, doch durch die plötzlich aufkommende Vielzahl der Anträge wurden nicht alle fristgerecht bearbeitet und positiv beschieden. Vor allem in den Fällen, in denen noch Unterrichtsbesuche erforderlich waren, entstand ein unnötiger und für alle Beteiligten sehr belastender Zeitdruck.

Außerdem stellte sich während des Anerkennungsverfahrens heraus, dass die Landesschulbehörde keine einheitlichen Informationen an die Schulen herausgab. Das Verfahren musste nachgesteuert werden und wurde so im Laufe der Zeit verändert und angepasst. Das hatte für einzelne Kolleginnen und Kollegen die Auswirkung, dass die Durchführung der Unterrichtsbesuche teilweise sehr unterschiedlich gehandhabt wurde (Kollege 1: 20 Minuten; Kollege 2: 90 Minuten).

Darüber hinaus waren die Schulleiterinnen und Schulleiter zum Teil insgesamt nicht verfahrenssicher. Dies zeigte sich unter anderem darin, dass Unsicherheiten bestanden, das reguläre Einstellungsverfahren von stellenbezogenen Gesprächen abzugrenzen. Die Frage „Wer darf / muss daran teilnehmen?“ führte vielerorts zu unnötigen Diskussionen.

Probleme mit der Übertragung dienstrechtlicher Befugnisse
Die GEW kritisiert seit Einführung der eigenverantwortlichen Schule, dass sich die veränderte Rolle der Schulleitung zum Teil sehr negativ auf das Klima in der Schule auswirkt. Neue Kolleginnen und Kollegen in der Probezeit zum Beispiel können zum bereitwilligen „Spielball“ werden, weil sie abhängig sind von der Beurteilung im Rahmen der Bewährungsfeststellung. Demokratische Schule geht nach Meinung der GEW Niedersachsen anders.

Auch am Beispiel der Besetzung der A 13-Stellen zeigt sich, dass die Forderung der GEW, Aufgaben wie beispielsweise Beurteilungen wieder auf die Landesschulbehörde zurück zu übertragen, nicht an Brisanz eingebüßt hat. Nur so lassen sich Duckmäuserei und Günstlingswirtschaft in Teilen verhindern. Hierfür ist es jedoch notwendig, dass das MK die entsprechenden Erlasse ändert. Auch sollte die Landesschulbehörde ihrer Aufsichtsaufgabe wieder stärker gerecht werden. Die Ausschreibungen der A 13-Stellen hätten viel stärker durch die Behörde kontrolliert und auf die Ausschreibungstexte und die Aufgabenzuschnitte hätte Einfluss genommen werden müssen. Eine Beteiligung der Personalvertretungen in den Schulbezirkspersonalräten bereits vor der Veröffentlichung der Ausschreibungen wäre sinnvoll gewesen, um ein transparentes, gleiches und gerechtes Verfahren zu gewährleisten.

Auch die Feststellung der Ergänzungsqualifikation Realschule hätte anders organisiert werden können. Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten erfolgreich in Realschulen und Realschulzweigen arbeiten, Realschulabschlüsse abnehmen und hervorragende Arbeit leisten, haben längst bewiesen, dass sie „würdig sind“, ihren Beruf als Grund- und Hauptschullehrkraft an einer Realschule oder in einem Realschulzweig auszuführen! Wozu dann nochmal Unterrichtsbesuche, um etwas nachzuweisen, das man sowieso schon immer tut? Es drängt sich der Verdacht auf, dass so ein zusätzlicher Spaltpilz in die Schule getrieben wird, um eine unterschiedliche Besoldung zu zementieren.

(Gefühlte) Spaltung der Kollegien
In den Kollegien macht sich nun verstärkt das Gefühl breit, abgehängt zu sein. Einige Lehrkräfte erhalten A 13 ohne zusätzliche Aufgaben – nun gibt es weitere A 13-er, die jedoch Spezielles dafür leisten müssen. Da kommt schnell mal die Frage auf, wenn es keine Anerkennung für meine geleistete Mehrarbeit gibt, warum soll ich in Zukunft etwas zusätzlich machen? Und was ist mit den Kolleginnen und Kollegen, die mit A 12 besoldet werden und genau wie die „alten“ A13-er Abschlussprüfungen im Realschulbereich vorbereiten und abnehmen, sich für ihre Schülerinnen und Schüler engagieren und viele zusätzliche Aufgaben freiwillig übernehmen?

Die GEW sagt deutlich zu dieser Ungleichbehandlung: so entsteht kein Schulfrieden! Wenn das MK möchte, dass Ruhe in die Schule einkehrt, ist ein ganz anderes Vorgehen nötig.

Die Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen der GEW Niedersachsen bekräftigt daher ihre Forderung: A 13 / E 13 – ohne Wenn und Aber!

Sollten weitere Probleme oder Fragen im Zusammenhang mit den A 13-Stellen auftauchen, stehen die GEW-Mitglieder in den Schulbezirkspersonalräten gerne für Beratung und zur Unterstützung zur Verfügung.

Sebastian Freudenberger
und Urte Gräper
Mitglieder im Leitungsteam der
Landesfachgruppe RHO

Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“

Datenbasiertes Schulleitungshandeln

Heft 1/2018 der von der GEW herausgegebenen Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ befasst sich im Themenschwerpunkt mit „Datenbasiertem Schulleitungshandeln“.

Schulleitungshandeln gilt als ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht. Der Anspruch, strategische und operative Entscheidungen auf Basis belastbarer Daten zu treffen, ist mit der Hoffnung verbunden, Schulleitungshandeln effektiver zu machen – im Sinne der optimalen Entwicklung der Leistungspotenziale von Schülerinnen und Schülern – und effizienter zu gestalten – im Sinne eines gezielten und bedarfsorientierten Einsatzes von Ressourcen. Dabei zeigen einige Befunde aus dem angelsächsischen Raum, dass insbesondere Schulen mit einem hohen Anteil an leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern, die über wenig familiäre Unterstützungssysteme verfügen, mit der systematischen Nutzung von Daten ein wirksames Instrument der Schulentwicklung besitzen. Auch im deutschsprachigen Raum wird dieses Potenzial zunehmend entdeckt, gerade in Bezug auf das Handeln von Schulleitungen. Diese sind dabei nicht nur selbst Nutzer von Daten für strategische und operative Schulentwicklung; sie übernehmen auch die Funktion, die Datennutzung durch Fachkonferenzen oder Lehrpersonen zu unterstützen. Insgesamt ist jedoch wenig bekannt über die Praxis der Nutzung von Daten durch (deutsche) Schulleitungen sowie förderliche und hemmende Einflussfaktoren auf ein datenbasiertes Schulleitungshandeln und dessen Wirkungen.

In den Beiträgen des Schwerpunkthefts, das von Felicitas Thiel (FU Berlin), Stefan Brauckmann (Universität Klagenfurt) und Isabell van Ackeren (Universität Duisburg-Essen) herausgegeben wird, werden internationale und nationale Perspektiven und unterschiedliche Zugänge (Literaturstudie, qualitative und quantitative Ansätze) zur Analyse der Datennutzung durch Schulleitungen gewählt.

Der Beitrag von Rick Mintrop und Erin Coghlan (University of Berkeley, CA) knüpft an den US-amerikanischen Diskurs und Forschungsstand an; hier gibt es bereits eine lange Tradition der datengestützten Schulentwicklung. Auf der Basis einer umfassenden Literaturstudie arbeiten sie heraus, welche Art von Daten genutzt wird, welche Infrastruktur dafür vorliegt, welche Formen und konkreten Maßnahmen der Nutzung unterschieden werden können und welche Rolle hierbei insbesondere der Schulleitung, aber auch den Schulbehörden zukommt.

Der Beitrag von Esther Dominique Klein (Universität Duisburg-Essen) bezieht sich ebenfalls auf den US-amerikanischen Raum. Der Schwerpunkt liegt auf datengestütztem Handeln von erfolgreich arbeitenden Schulleitungen an Schulen in schwierigen sozialen Lagen in Kalifornien. Auf der Basis von Fallstudien fragt die Autorin, inwiefern der sogenannte „transformationale“ Führungsstil beim Umgang mit Daten Routinen aufbrechen helfen kann, wie sie etwa durch eine negative Orientierung der Lehrkräfte auf die Schülerschaft und/oder die schlechten Bedingungen entstehen. Dabei geht es einerseits um die Möglichkeit, eigene Annahmen datengestützt zu überprüfen und zu reflektieren, und andererseits um die Chance, das eigene Handeln auf der Basis von Daten als selbstwirksam zu erleben. Klein fragt, wie Schulleitungen zu so einem Klima der „Machbarkeit“ beitragen können.

Aus nationaler Perspektive und auf der Grundlage schriftlicher Schulleitungsbefragungen in Berlin und Brandenburg befassen sich Katharina Kronsfoth (TU München), Tanja Graf (Universität Mainz), Barbara Muslic und Harm Kuper (FU Berlin) mit dem konkreten Instrument der Vergleichsarbeiten VERA 8 und seiner Nutzung. Sie fragen nach dem Zusammenhang zwischen Führungsdimensionen in der Schulleitung und der Nutzung von Ergebnisrückmeldungen aus Vergleichsarbeiten. Dabei differenzieren sie zwischen direktiven, diskursiven und delegativen Führungspraktiken; ihre Befunde liefern Hinweise darauf, welche Führungsstile mit welcher Nutzungsaktivität positiv oder negativ in Zusammenhang stehen.

In den Schwerpunktbeiträgen wird jeweils auf die Bedeutung von Professionalisierung und Unterstützung im Umgang mit Daten einerseits und den Möglichkeiten ihrer reflektierten Integration in die Handlungspraxis andererseits hingewiesen. Dabei kommt Schulleitungsmitgliedern eine besonders bedeutsame Rolle für das zu, was in Fortbildungs-, Coaching- und Schulberatungsangeboten stärker adressiert werden sollte. Neben dem Schwerpunkt diskutieren David J. Connor (City University of New York) und Hans-Werner Johannsen (Tarp) Aspekte des Themenfeldes Inklusion. Der eine fokussiert aus US-amerikanischer Perspektive Herausforderungen für die Lehrerbildung. Der andere betrachtet den „schwierigen Weg“ zur Inklusion im Hinblick auf die deutsche Situation; dabei geht er von der Hypothese einer „Akzeptanzschwelle“ aus und stellt Überlegungen zu einem möglichen Neustart an.

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: **www.dds-home.de**.

Sylvia Schütze

Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne

„Weltklasse! Bildung ist mehr wert“

Um die internationale Bildungskrise zu überwinden, fordert die Globale Bildungskampagne mehr Geld für Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit. Weltweit gehen 264 Millionen Kinder nicht zur Schule, vor allem weil es an Schulen und Lehrkräften fehlt. Mit Aktionswochen unter der Überschrift „Weltklasse! Bildung ist mehr wert“ will die Globale Bildungskampagne darauf aufmerksam machen, dass Bildung ein Menschenrecht ist, gute Bildung Geld kostet und es eine staatliche Aufgabe ist, für angemessene Finanzierung zu sorgen.

Kostenlose Unterrichtsmaterialien

Die Weltklasse!-Aktionswochen finden von April bis zu den Sommerferien statt. In dieser Zeit sollen Schülerinnen und Schüler sich gemeinsam mit ihren Lehrkräften für gleiche Bildungschancen aller Kinder weltweit stark machen. Kreative Ideen sind gefragt. Zur Vorbereitung und Unterstützung bietet die Globale Bildungskampagne kostenlos Unterrichtsmaterialien an. Darin geht es um Ursachen und Folgen ausbleibender Finanzierung von Bildung wie etwa marode und nicht existierende Schulgebäude oder den Mangel an gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

Mehr Geld für Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Global Campaign for Education“ ist ein weltweites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Bildung. Die Kampagne macht politisch Druck, damit Staaten ihrer Verantwortung nachkommen, allen Menschen weltweit Zugang zu kostenfreier, guter, öffentlicher Bildung zur ermöglichen. Die GEW ist Mitglied der Globalen Bildungskampagne in Deutschland und unterstützt die Forderung an die Bundesregierung, mehr Geld für Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen, damit auch Menschen in armen Ländern eine Chance bekommen, ihr Leben durch Bildung zu verbessern.

www.bildungskampagne.org/weltklasse-bildung-ist-mehr-wert

Manfred Brinkmann

AG Courage gegen Rechts in der GEW Niedersachsen

Den Traum mit Leben erfüllen!

Als sich die Gruppe der AG Courage gegen Rechts vor etwa acht Jahren zum ersten Mal traf, hatten die Mitglieder den Traum, dass es gelingen könnte, (fast) aus jedem Kreisverband der GEW Niedersachsen eine/n Ansprechpartner*in zu finden. Besser noch: Sie für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Mittlerweile werden die Aktiven eher mit Alpträumen konfrontiert. Stärkste Oppositionspartei im Bundestag sowie in verschiedenen Länderparlamenten ist eine politische Formation, die die Agitation für die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu ihrer Grundlage gemacht hat. Und außerhalb der Parlamente formiert sich eine Art APO von rechts (Identitäre Bewegung, Ein Prozent e.V.), die einen rechten Umsturz herbeiphantasiert. Und die herrschende Politik passt sich dem politischen Klimawandel oft an...

Die AG hingegen ist vom Traum ihrer Beteiligten immer noch weit entfernt! Wann, wenn nicht jetzt, ist es sinnvoll und nötig, sich innerhalb des Landesverbandes enger zu vernetzen, um tatkräftiger und wirkmächtiger gegen das Abdriften nach rechts vorzugehen? Dieser Aufruf richtet sich an alle, die vor Ort bereits engagiert sind, und an alle, die sich informieren und qualifizieren wollen, um dann im Kreisverband, in der Schule oder an ihrem Wohnort die Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, der rechten Landnahme entgegenzuwirken.

Für schnell Entschlossene: das nächste Treffen der AG Courage gegen Rechts findet am Samstag, 26. Mai, ab 11 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der GEW in Hannover statt. Weitere Informationen und Anmeldung unter **ralfbeduhn@gmx.de**.

Veranstaltung zur Arbeit in Schulen mit besonderen Herausforderungen im BV Hannover

Wenn der „Korridor der Normalität“ verloren geht

Eingeladen waren Anfang März Kolleginnen und Kollegen aller Professionen, die im Bereich des BV Hannover in Schulen arbeiten, die Mittel aus dem Programm „Schulische Sozialarbeit in sozialen Brennpunkten“ erhalten.

Vertreterinnen und Vertreter weiterer Schulen kamen hinzu, die aufgrund ihres beruflichen Alltags über pädagogische Konzepte für Schulen mit besonderen Herausforderungen diskutieren wollten. Bevor Prof. Manfred Bönsch sein schulpädagogisches Intensivkonzept für hoch belastete Schulen (siehe Kasten) vorstellte und eine mögliche flexible Unterrichtsorganisation als Antwort auf eine (zu) hohe Heterogenität skizzierte, berichteten die Kolleg*innen zunächst selbst über die besonderen Herausforderungen und Belastungen, die ihre tägliche Arbeit prägen. Wie wichtig es sei, sich gegenseitig austauschen und untereinander vernetzen zu können, wurde während der Tagung mehrfach betont.

Noch immer fühlen sich die Kolleg*innen an diesen hoch belasteten Schulen weitgehend allein gelassen und in ihrer Not nicht hinreichend wahrgenommen. Bemerkenswert ist ihr Engagement, den besonderen Herausforderungen in ihrer alltäglichen pädagogischen Arbeit gerecht zu werden – in einem Alltag, in dem es normal ist, dass es zu keiner Zeit den „Normalfall“ gibt. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen sind Arbeitszufriedenheit und Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen jedoch hoch gefährdet. So berichtete beispielsweise eine Teilnehmerin, dass sie aus Selbstschutz erst einen Teilzeit- und nun einen Versetzungsantrag gestellt habe. Bei allem Engagement seien die Kolleginnen und Kollegen eben „keine Therapeuten und keine Märtyrer“.
Während die Grundschulen die soziale Situation ihres Einzugsgebiets widerspiegeln und somit dort, wo sich Armut, mangelnde Deutschkenntnisse und soziale Desintegration konzentrieren, mit einer Verdichtung der Heterogenität zu tun bekommen, nehmen Oberschulen zudem in hohem Maße diejenigen Kinder und Jugendlichen auf, die im dreigliedrigen Schulsystem „nach unten durchgereicht“ werden oder erst gar keinen Platz finden: Es ergibt sich in der Wirkung eine „Exklusion der Armen“, von unteren bildungsfernen Schichten – teilweise ohne oder mit nur geringer Schulerfahrung – , von gebrochenen Biografien, von Schüler*innen mit Handicaps im Lernen oder in der sozial-emotionalen Entwicklung. Dieser (zu) großen Heterogenität kann nach herkömmlichen Mustern nicht mehr genügend entsprochen werden. Der hohe Anteil an Schülerinnen und Schülern, die nicht nach den üblichen Standards unterrichtet werden können, führt zu einer besonderen pädagogischen Lage. Hieraus sind erforderliche Maßnahmen abzuleiten, was wiederum zu notwendigen und daher berechtigten Forderungen führt.
Große Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden darin, dass etwa eine

Abkehr vom Gießkannenprinzip bei der Zuweisung von personellen und sächlichen Ressourcen seitens des Landes wie auch seitens der Kommunen erforderlich sei und die Ausstattung mit Ressourcen stattdessen gezielt gesteuert werden müsse. Ungleiches müsse dabei ungleich behandelt werden. Dass daher auch für Niedersachsen die Einführung eines sogenannten Sozialindexes wie zum Beispiel in Hamburg zu fordern ist, liegt nahe. Im Kreisverband Region Hannover werden Kolleg*innen aus Hamburg demnächst über ihre Erfahrungen mit dem Hamburger Sozialindex berichten. Während eine Erhöhung und Verstetigung der sogenannten Sonderbedarfe für Schulen mit besonderen Herausforderungen also erforderlich ist, gäbe es in Niedersachsen jedoch aktuell sogar eine faktische Kürzung. Zusatzbedarfe könnten bei der Berechnung der Unterrichtsversorgung nicht mehr von den betroffenen Schulen in die Statistik eingetragen werden, weil der entsprechende Erlass auslaufe; über diesbezügliche Klagen von Grundschulleitungen berichtete Harald Kirchhausen Monteiro (KV Hildesheim). Prof. Bönsch bestätigt in seinem Konzept, dass eine deutlich verbesserte personelle Ausstattung der Schulen die besonders wichtige persönliche Beziehungsarbeit ermöglicht, die dabei helfe, vorhandene Sprach-, Lern- und Verhaltensprobleme zu überwinden, die das Lernen behindern.

Zurückhaltender wurde von einigen Teilnehmenden dagegen der Ansatz aufgegriffen, den Schulen eine größere Flexibilität hinsichtlich des Umgangs mit curricularen Vorgaben und anderen Richtlinien zu ermöglichen. Einerseits seien diese in der Praxis notwendigerweise ohnehin nur (noch) Orientierungswerte, andererseits müsse auch beachtet werden, dass die Anschlussfähigkeit gegenüber dem übrigen Schulsystem für die Schüler*innen nicht verloren gehe. Offenbar sind – ausgehend von der jeweiligen pädagogischen Situation – teilweise auch unterschiedliche Bewältigungsstrategien in den Schulen erforderlich. Ideen und Konzepte hierfür seien von den Schulen durchaus schon entwickelt. „Es ist alles vorbereitet. Jetzt müssen die Ressourcen dazukommen!“, brachte eine andere Teilnehmerin es aus ihrer Perspektive auf den Punkt.

Nach lebhaftem Austausch und intensiven Diskussionen verabredeten die Teilnehmenden, dieser ersten Veranstaltung noch in diesem Schuljahr eine weitere folgen zu lassen. Ziel soll dann sein, aus den ersten Ergebnissen dieser Tagung einen möglichst konkreten Katalog an Forderungen zu erarbeiten, mit dem an Politik und Öffentlichkeit herangetreten werden kann.

Peter Lilje

Stichpunkte für ein schulpädagogisches Intensivkonzept für hoch belastete Schulen nach Prof. Dr. Manfred Bönsch

1. Personelle Verdichtungen: Beziehungsarbeit steht zunächst vor dem herkömmlichen, kognitiven Lernen und erfordert eine erhöhte Stellenzuweisung, kleinere Klassen, Doppelbesetzungen, Ausbau der Schulsozialarbeit, Dolmetscher …
2. Alternative Gruppierungen: Statt Jahrgangsklassen nach spezifischen Notwendigkeiten gebildete Kommunikationsgruppen, thematische Gruppen und Leistungsgruppen sowie offene Angebote
3. Alternative Unterrichtsangebote: Zunächst Verzicht auf Rahmenrichtlinien, Curricula, Leistungskontrollen herkömmlicher Art und stattdessen Projektarbeit, Werk-Statt-Schule-Angebote, alternative Stundentafeln und Zeitstrukturen …
4. Elternarbeit als spezifische Aufgabe: Eltern müssen selbst erst ein Verhältnis zu schulischem Lernen gewinnen und die Bedeutung der deutschen Sprache auch für sich selbst erkennen (Elterntreffen, Elternkurse, Hausbesuche bei Eltern)
5. Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen und Initiativen (Netzwerkarbeit): Kooperationen mit Jugendhilfe, Jugendzentren, Sportvereinen, Stadtteilinitiativen …

Foto: Henning Albrecht

GEW Ammerland

Bildungstag zum Thema „Individualisierter Unterricht“

Schon seit langem ist bekannt, dass die Entwicklungs- und Leistungsunterschiede der Kinder einer Klasse mehr als ein Schuljahr betragen. Durch die Inklusion und die große Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund sind diese Unterschiede noch augenfälliger geworden. Um jedem Kind gerecht zu werden, muss es dort abgeholt werden, wo es steht. Das bedeutet: Der Unterricht muss individualisiert werden, damit alle Kinder optimal gefördert werden können.

Um die Kolleg/innen bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen, hat die GEW Ammerland einen Bildungstag mit dem Thema „Individualisiertes Lernen – unterschiedliche Wege eröffnen und eigene Wege gehen“ angeboten. Er fand statt am Montag, 5. Februar 2018, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr im Akademiehotel in Rastede.

Den größten Teil des Vormittags nahm der Hauptvortrag von Annemarie von der Gröben ein, in dem sie die Notwendigkeit des individualisierten Lernens begründete und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte. Aufgelockert wurde der Vortrag durch eine Gruppenarbeit, bei der die Teilnehmer/innen zu einem selbst gewählten Unterrichtsthema individualisierende Unterthemen erarbeiteten.

Noch vor dem Mittagessen stellte Arne Karrasch, Gewerkschaftssekretär der GEW Niedersachsen, die Ergebnisse der Belastungsstudie vor. Interessant war, dass die wichtigsten Belastungspunkte, die in der Studie ermittelt wurden, deckungsgleich waren mit den Belastungen, die von den Teilnehmer/innen empfunden wurden. Diese hatten ihre Hauptbelastungspunkte in einer Klebeaktion dokumentiert; die Kategorien mit den meisten Punkten waren „Zeitdruck“ und die „hohen Anforderungen/Erwartungen (zum Beispiel Inklusion)“. Außerdem gab Arne Karrasch einen Überblick über die aktuellen politischen Entwicklungen in diesem Bereich.

Am Ende der Mittagspause standen Kolleginnen der Schule am Voßbarg in Rastede für Fragen zur Verfügung. Die Schule am Voßbarg hat – gemeinsam mit der GS Leuchtenburg und der KGS Rastede – einen Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs zum „Individualisierten Lernen“ gestellt und bereits mit der Umsetzung begonnen.

Nach dem Mittagessen konnten die Teilnehmer/innen noch zwei Workshops besuchen und neue Erkenntnisse gewinnen. Den Abschluss des Bildungstages bildete eine gemeinsame Schlussrunde mit Tombola.

Die GEW Ammerland hofft, dass der Bildungstag den Kollegen/innen in ihrem Arbeitsalltag weiter geholfen hat und freut sich darauf, möglichst viele engagierte Kollegen/innen beim nächsten Bildungstag (wahrscheinlich November 2019 oder Februar 2020) begrüßen zu können.
Mehr Informationen zum Bildungstag gibt es im Internet unter **www.gew-ammerland.de**

Langjährige Mitgliedschaften

Ehrungsveranstaltung der Peiner GEW

Bei der gut besuchten Ehrungsveranstaltung der Peiner GEW für langjährige Mitgliedschaft hielt der Landtagsabgeordnete Matthias Möhle, der auch dem Schulausschuss in Hannover angehört, die Festrede. In seinen Ausführungen machte er deutlich, dass es wichtig ist, die Schule für 2040 zu planen.

Dazu wird es zwei oder drei Regionalkonferenzen mit Experten und Beteiligten geben. Im Anschluss werden bei einer Bildungskonferenz die Ergebnisse gesichert. Zu klärende Fragen sind beispielsweise, dass es im OECD-Vergleich zu wenig Ressourcen und Lehrkräfte gibt, auch über die Bezahlung muss nachgedacht werden. Möhle sprach das „vernetzte Lernen“ an, denn 15 Prozent der jungen Menschen haben weder einen Schul- noch Berufsabschluss. Aus lokaler Sicht müssen die Berufsschulen gestärkt werden, denn die Ausbildung dort ist sehr bedeutsam für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur.

Zuvor hatte Kreisvorsitzender Hans-Jürgen Glapa auf den Koalitionsvertrag von CDU und SPD hingewiesen, bei dem es unter anderem heißt: „Lehrkräfte benötigen gute Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Bezahlung und müssen Wertschätzung erfahren.“ Die GEW wird diese Aussagen kritisch hinterfragen und Fortschritte anmahnen.

Musikalisch umrahmt wurde die Zusammenkunft vom „Trio infernale“ mit Klaus Perger, Günter Szemkus und Petra Nocker. Zum Abschluss diskutierten die 40 Anwesenden beim kalt-warmen Buffet noch lange über die Schulpolitik in Niedersachsen.

Geehrt wurden:

25 Jahre
Sven Baumert, Horst Matzel, Peter Wolters, Inge Roffmann, Anna Katharina Wanke, Ulrike Jäger, Marion Kothe, Annekathrin Bürger, Dörthe Borchers

40 Jahre
Birgid Hoppe, Günter Szemkus, Hans-Peter Mecking, Liesel Bonewtz, Helmut Gülzau, Wolfgang Schaper, Andreas Poser, Wolfgang Pyka-Klie, Marie-Luise Wardin, Dirk Franz, Gabriele Müller, Peter Gläser, Isolde Demmig, Ingrid Wojcieszek

50 Jahre
Gisela Grebenstein, Walter Künnecke, Jürgen Steinmann, Lydia Meyer, Peter Merker, Jürgen Meves, Ursula Stöger

60 Jahre
Teofil Busse, Herwart Prudlo

65 Jahre
Irmgard von Kurzynski
Peter Baumeister

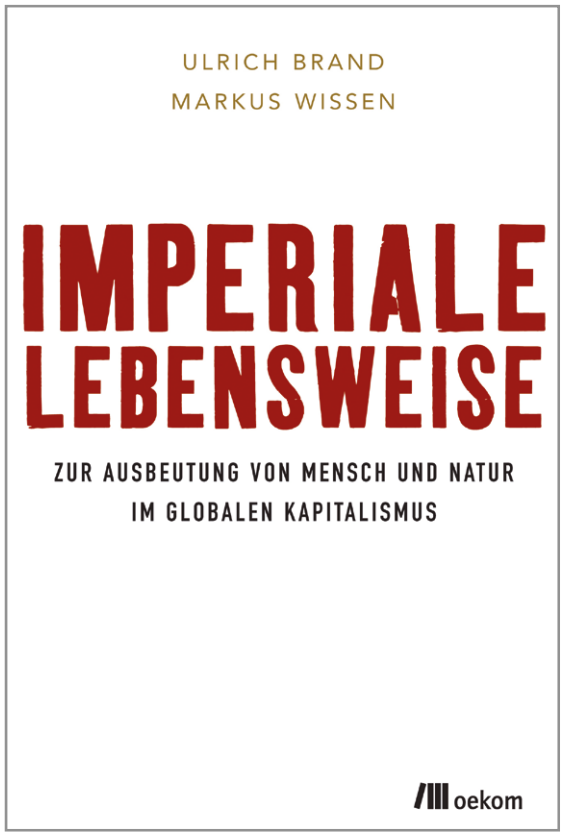
Foto: Helmut Forberg

Rezension

Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus

Ulrich Brand und Markus Wissen bezeichnen unsere Lebensweise als imperial, da unser Wohlstand nur dadurch entstehe, dass wir die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Folgekosten externalisierten. So sammelten sich beispielsweise unsere CO_2-Ausstöße in der Atmosphäre, beziehungsweise sollen von den Ökosystemen der Südhalbkugel (in Senken, zum Beispiel Urwald) aufgenommen werden.

Metallische, mineralische und weitere Rohstoffe würden dort als Voraussetzung für Digitalisierung unter unzumutbar ausbeuterischen Bedingungen abgebaut. Und jeder kenne die Bilder von der Maloche in pestizidverseuchten Plantagen, von Kinderarbeit bei der Wiederverwertung von Elektroschrott und vom Schuften der Näherinnen unter zerstörerischen Bedingungen.



Ulrich Brand, Markus Wissen: Imperiale Lebensweise – Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, ISBN: 978-3-86581-843-0
oecom verlag, München 2017, 224 Seiten, 14,95 €

Imperiale Lebensweise

In mehreren Kapiteln wird die historische Entwicklung und Vertiefung der imperialen Lebensweise ausführlich entfaltet. Dabei sei seit zwei Jahrzehnten zu beobachten, dass sich zwei Drittel der Weltbevölkerung im Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft befänden. Zum Beispiel hätten 28 asiatische Staaten (ohne Japan) ihre inländische Ressourcenextraktion von 2000 bis 2010 pro Kopf mehr als verdoppelt, wobei es zu einem starken Anstieg von Rohstoffimporten, besonders von fossilen Energieträgern, gekommen sei. In den Schwellenländern entwickelten und vergrößerten sich Mittelschichten und eine Oberklasse (beispielsweise China, Indien, Brasilien), die sich nun ihrerseits am Wohlstandsmodell des Westens orientierten: Dem *american way of life* mit Individualverkehr, fleischhaltiger Ernährung und ressourcenaufwendigen Konsumgütern. Die ökologischen Folgekosten seien evident und am Beispiel Chinas wird verdeutlicht, dass diese Länder nun ihrerseits versuchen, ihre *dirty industries* auszulagern, und dass sie wichtige Akteure beim Kampf um Rohstoffe geworden seien. Mit der Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise auf dem Globus schwinde die Möglichkeit des Nordens, sich Ressourcen in gewohnter Form anzueignen und Abfälle und Emissionen, die bei der Produktion von Konsumgütern und Produktionsgütern anfallen, teilweise wieder in den Süden zurückzuschicken. Somit würden sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise verstärken und ökoimperiale Spannungen zunehmen, sodass Wanderungsbewegungen in Afrika gerade auch in diesen Zusammenhängen gesehen werden müssten.

Neoliberale Selbstzerstörungskräfte

Die Autoren binden ihre Analyse in die Diagnose einer multiplen Krise ein, einer Krise der Finanzmärkte, des Klimawandels, der Erschöpfung natürlicher Ressourcen; und damit verbänden sich eine Krise der politischen Repräsentation und der etablierten Parteien. Aber trotz aller Zerstörungs- und Selbstzerstörungskräfte neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen sei die imperiale Lebensweise ungebrochen, sie sei „breit akzeptiert, sozioökonomisch und politisch – institutionell abgesichert und in den Alltagspraxen der Menschen tief verankert“ (S.56). Unter Bezugnahme auf Antonio Gramsci und Pierre Bourdieu sollen die Begriffe der Subjektivierung und der Hegemonie dieses Phänomen erklären. Hegemonie ist hier die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen und Weltsichten zu denen ALLER zu machen. Dies geschähe derzeit in den westlichen Gesellschaften dadurch, dass direkter Zwang und Unterdrückung vermieden werde, und indem der einzelne von patriarchalen und bevormundenden Zügen befreit worden sei, seit die Verantwortung für das Scheitern oder Gelingen des Lebens ins Subjekt hineinverlagert worden sei. Ob man also seine Wünsche erfüllen könne, liege an einem selbst. Den Disziplinierungen des Arbeits- und Geschäftslebens (auch des schulischen Lebens, W.F.), unterwerfe man sich freiwillig, und wenn man es nicht schaffe, schreibe man sich die Schuld selber zu. Die Erfüllung von Konsumwünschen und Lebensentwürfen – natürlich sei unsere Vorstellung vom guten Leben kapitalistisch geprägt – sei bei uns für einen Großteil der Gesellschaft Wirklichkeit geworden; wobei ein ruinöser Standortwettbewerb, ungleiche Chancen und unverhältnismäßig zunehmende Besitz- und Einkommensunterschiede zur Normalität geworden wären: „Das unternehmerische Selbst als die vorherrschende Subjektivität im neoliberalen Kapitalismus verschreibt sich dem mit Haut und Haaren. (…) Es verinnerlicht die Imperative des neoliberalen Kapitalismus, (…) sie werden gleichsam natürlich“ (S. 59, S. 44). Mit dieser Subjektivierung ist die Brücke analysiert, die vorherrschende gesellschaftlichen Strukturen und Alltagsfühlen, Alltagsdenken und Alltagshandeln miteinander verbinden. Die tatsächlichen Distributions-, Produktions- und Konsumnormen der imperialen

Lebensweise bleiben damit abgedunkelt.

Strategien zur Veränderung
Gleichwohl gelinge die Unterwerfung nicht völlig, Hegemonie und Subjektivierung seien nie total. Die Autoren versuchen durchgehend dialektisch Widersprüche im neoliberalen Kapitalismus auszuloten, sodass zum Beispiel Zukunftsängste und soziale Spaltungen, autonome Vorstellungen von einem guten Leben – auch Konflikte durch unterschiedliche Interessen der Fraktionen des Kapitals – gleichsam aufbrächen und Widerstand gegen die imperiale Lebensweise entstehe. Und es wird auch dargestellt, inwiefern sich bereits auf den unterschiedlichsten Ebenen Keimzellen des Widerstands entwickelt haben. Strategien zur Veränderung werden dann im letzten Kapitel eher theoretisch abgehandelt.

Es gehe also darum, die Denkmuster der imperialen Lebensweise durch andere Logiken sozial-ökologischer Reproduktion abzulösen, also die herrschende kulturelle Hegemonie zu brechen. Sorgelogik, solidarische Lebensweise und Postwachstumsgesellschaft sind einige Begriffe, die auf Konzepte einer sinnvollen Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse verweisen. In diesem Kontext kritisieren Brand und Wissen intensiv Vorstellungen der grünen Ökonomie und eines grünen Kapitalismus: „Die Denkfigur der neoklassischen Umweltökonomie, der zufolge Naturkapital so lange ersetzt werden kann, wie dabei der gesamte Kapitalstock wächst, (Green Grabbing, Inwertsetzung, Kompensation) darf aber nicht in den Alltagsverstand einsickern“ (S. 157).

Behandlung im Unterricht
Der Stil des Buches ist sehr wissenschaftlich und die Argumentationen werden ausführlich theoretisch und empirisch unterfüttert; Schüler*innen würde der hohe Abstraktionsgrad überfordern. Da es aber notwendig ist, auch junge Menschen mit unserer imperialen Lebensweise zu konfrontieren, bietet es sich an, den grundlegenden Denkansatz exemplarisch unter Bezugnahme auf das Kapitel „Imperiale Automobilität“ zu behandeln, da er dort am Thema der SUVs (Sport Utility Vehicles) konkret zu erfassen ist.

Abschließend soll auf die Relevanz des Buches für die Gewerkschaften hinweisen werden: Da sie dazu neigen, ihren Arbeitsschwerpunkt sektoral im Bereich der Einforderung von temporär berechtigten Interessen ihrer Mitglieder zu sehen, kann der Bezug und die Einbettung in gesellschaftlich-ökonomische Gesamtzusammenhänge schnell verloren gehen. Wenn aber grundsätzliche ökonomisch-gesellschaftliche Transformationen nicht anvisiert werden und unsere Lebensweise unverändert bleibt, wird dies auch bei uns zu ungeheuren ökologisch-sozialen und demokratischen Verwerfungen führen.

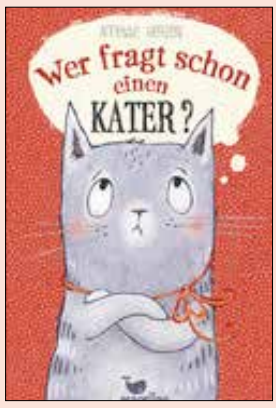
Werner Fink

Ulrich Brand war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Kooperation mit dem DFG-Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaft der Universität in Jena. Er lehrt an der Hochschule für Wissenschaft und Recht in Berlin und der Universität in Wien.

Markus Wissen ist Co-Direktor des Instituts für internationale politische Ökonomie und lehrt an der HWR in Berlin und der Universität in Wien.

LesePeter der AJuM

Im Mai 2018 erhält den LesePeter das Kinderbuch:



Annette Herzog und Pe Grigo
Wer fragt schon einen Kater?
Magellan GmbH & Co. KG, Bamberg 2017
ISBN 978-3-7348-4114-9
160 Seiten - 12,00 €
7-9 Jahre

Für den bildhübschen, etwas eitlen Kater Aristoteles ist die Welt in Ordnung, solange er der Mittelpunkt der Familie ist. Zufällig bekommt er mit, dass sich Anna einen Hund wünscht. Aristoteles ist zutiefst gekränkt und läuft davon. Wenn er nur früher gewusst hätte, was da auf ihn zukommt! Aus der Sicht des Katers erfahren wir von seinem Straßenleben – humorvoll, unterhaltsam und emotional.

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur.

Die ausführliche Rezension
(mit pädagogischen Hinweisen)
ist im Internet unter **www.ajum.de**
(LesePeter) abrufbar.

Aus der Personalratsarbeit

Druckversion fürs Schwarze Brett?

Jetzt Code scannen oder Infos zum Download aufrufen unter: www.gew-nds.de/SHPR/Bildungsnotizen

Informationen aus den Personalräten

PM-Stellen werden entfristet

Im letzten Sommer hat das Kultusministerium 650 zusätzliche Stellen für Pädagogische Fachkräfte bereitgestellt, um dem Fachkräftemangel in den Förderschulen und der Inklusion zu begegnen. 180 Stellen sind direkt an Förderschulen gegangen, wo es durch diese Maßnahme Kolleg*innen möglich war, ihre Stellenanteile auszubauen. Von den restlichen 470 Stellen konnten 115 mit Pädagogischen Fachkräften für die Inklusion neu besetzt werden. Diese Stellen waren bisher für ein Jahr bis zum 31.07.2018 befristet. Für diese Kolleg*innen ist es eine gute Nachricht, dass es per Erlass eine Entfristung geben wird. Die Stellen stehen nach einer tarifmäßigen individuellen Prüfung durch die NLSchB für die jeweiligen Kolleg*innen ab dem 01.08.2018 unbefristet zur Verfügung.

24 neue RZI werden eingerichtet

Nachdem bereits zum 01.08.2017 in elf Regionen Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren schulische Inklusion (RZI) ihre Arbeit aufgenommen haben, werden zum 01.08.2018 in 24 weiteren Regionen RZI eingerichtet. Nachdem im Oktober letzten Jahres 28 RZI-Planungsgruppen ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurden nach der aktuellen Schulgesetzänderung und der damit einhergehenden Möglichkeit, das Auslaufen der Förderschulen zu verzögern, alle Schulträger vom Kultusministerium (MK) angeschrieben, ob ihre jeweilige RZI-Planungsgruppe weiter bestehen solle. Es ist als Erfolg für die Weiterentwicklung der inklusiven Schulentwicklung in Niedersachsen, die wir als GEW maßgeblich begleiten, zu sehen, dass lediglich vier Landkreise ihre Planungsgruppen zurückgezogen haben. Es ist jedoch ausdrücklich im Interesse des MK, dass auch in diesen Landkreisen die Planungsgruppen ihre Arbeit fortsetzen, um die Einrichtung der RZI für einen späteren Zeitpunkt vorzubereiten. Nachdem geklärt werden konnte, dass bei einem Fortbestand einer Förderschule in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einem RZI die Aufgaben des ehemaligen Förderzentrums an das RZI übergehen, wird deutlich, dass sich die inklusive Ausrichtung der niedersächsischen Schullandschaft nicht mehr aufhalten lässt.

Zurzeit ist keine weitere Altersermäßigung absehbar

Die Forderung des SHPR, Lehrkräfte über 55 Jahre wieder zusätzlich mit einer Stunde zu entlasten, ist von Kultusminister Tonne mit der Zusage beantwortet worden, die Umsetzbarkeit im Rahmen der geplanten Änderung der Arbeitszeitverordnung prüfen zu wollen. Hervorgehoben wird, dass die Regelungen zur Arbeitszeit der Lehrkräfte auf eine solide Basis gestellt werden sollten, dieses jedoch ein komplexes Unterfangen sei, da es auch um die Bewertung außerunterrichtlicher Tätigkeiten ginge. Geplant sei ein Dialog mit den Verbänden, zu dem zeitnah eingeladen werde. Es sei beabsichtigt, die Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitszeitkommission nach Vorlage des Abschlussberichtes im „Forum Eigenverantwortliche Schule“ zu erörtern. Dies alles sei mit einem gewissen zeitlichen Aufwand verbunden, sodass zurzeit weder Angaben zum Inhalt noch zum Inkrafttreten möglicher Änderungen gemacht werden könnten.

Freigestellte Lehrkräfte

Auf Anfrage der FDP hat das MK eine Zusammenstellung aller Stunden veröffentlicht, die für die Wahrnehmung schulfachlicher Aufgaben im außerunterrichtlichen und außerschulischen Bereich eingesetzt werden (LT-DS 18/433). Die umfangreichen Anlagen listen dezidiert den Umfang von Anrechnungen, Freistellungen und Ermäßigungen in Stunden und VZLE an den öffentlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2017/18 auf und bieten interessantes Zahlenmaterial. Dass ein größeres Bemühen um die Gesundheit der Lehrkräfte erforderlich ist, zeigt beispielsweise die Zahl der Langzeiterkrankten, die für den allgemein bildenden und den berufsbildenden Bereich mit 699 angegeben ist.

Fortsetzung der berufsbegleitenden Qualifizierung für das Lehramt für Sonderpädagogik

Die berufsbegleitende Qualifizierung für Lehrkräfte, die an öffentlichen Förderschulen oder in der sonderpädagogischen Förderung an allgemein bildenden oder berufsbildenden Schulen tätig sind und nicht über die Lehrbefähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik verfügen, wird fortgesetzt. Erforderlich für die Teilnahme ist eine mindestens einjährige Berufserfahrung in der Förderung von Schüler*innen mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf. Je Studienseminar stehen 20 Plätze zur Verfügung. Die Qualifizierung erstreckt sich über 18 Monate.

Einstellungen übertrafen Zahl der frei gewordenen Stellen

Im 2. Schulhalbjahr sind laut MK deutlich mehr Stellen (1.124) besetzt worden als durch Pensionierungen, Versetzungen, Kündigungen oder Ableben (791) frei wurden. Damit erhöhte sich die statistische Unterrichtsversorgung von 98,7 auf 99 Prozent. Insgesamt 143 der 1.124 Stellen wurden mit Quereinsteigenden besetzt. Nur am Rande sei vermerkt: Für die schulische Mentor*innentätigkeit zur Qualifizierung von Quereinsteigenden werden laut Statistik 7,4 VZLE aufgewendet.

Von schulformübergreifenden Abordnungen waren 2.732 Lehrkräfte betroffen, rund 150 weniger als erwartet. Vom Gymnasium an eine Grundschule wurden 704 Lehrkräfte im Umfang von 3.933 Stunden abgeordnet; 54 weniger als prognostiziert. (Pressemitteilung des MK vom 09.03.2018)

Arbeitsgruppe Abitur 2020/21

Das MK hat eine AG eingerichtet, die die erfolgreiche Umstellung auf das Abitur nach 13 Jahren im Schuljahr 2020/21 sicherstellen soll. Sie soll ausreichende Vorbereitungen für den besonders großen Personalbedarf treffen, die Bedarfsplanung prüfen und Maßnahmen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung vorschlagen. In den Blick zu nehmen ist auch das Abitur 2020 in den Gesamtschulen und Beruflichen Gymnasium. Der SHPR ist in der AG durch ein Mitglied vertreten.

Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen

Nach sieben Jahren hat sich laut MK erstmals die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen signifikant um 1,3 Prozent auf 89,4 Prozent verbessert. Der Theorieanteil stieg um 1,6 Prozent, der Fachpraxisanteil um 0,7 Prozentpunkte. Kultusminister Tonne sieht damit den Negativtrend gestoppt. Durch die Umstellung auf die zentrale Bewirtschaftung freier Stellen im Jahr 2014 konnten die Einstellungszahlen kontinuierlich auf rund 500 gesteigert werden. Unter den 536 Einstellungen in 2017 waren 109 Quereinsteigende. (Pressemitteilung des MK vom 01.03.2018)

Rahmenbedingungen für den Fortbestand der Förderschule LE

Die Rahmenbedingungen für die Genehmigung der Fortführung der Förderschule LE orientieren sich an den Regelungen der SchOrgVO, wonach die Mindestschülerzahl in den Jahrgängen 5 bis 9 pro Zug oder Lerngruppe 13 Schüler*innen beträgt. Diese zu erwartende Schüler*innenzahl ist von den beantragenden Schulträgern in einer Prognose darzustellen. Darüberhinaus haben die Schulträger einen Plan vorzulegen, wie sie das Ziel einer inklusiven Beschulung auch für diese Schüler*innen erreichen wollen. Letztmalig können nach dem aktuellen NSchG zum 01.08.2022 Schüler*innen in einen 5. Jahrgang in der Förderschule LE aufgenommen werden; d. h., die Schulträger müssen auf eine inklusive Beschulung der Schüler*innen ab dem 01.08.2023 vorbereitet sein. Die Antragsfrist, die keine Ausschlussfrist darstellt, ist auf den 30.04.2018 festgelegt worden. Die Weiterführung dieser Schulen eröffnet auch die Möglichkeit, wieder Leitungsstellen auszuschreiben.

Für die Beantragung von Lerngruppen mit dem Förderschwerpunkt Lernen an einer anderen Schulform der Sek I haben, so verschiedene Schulträger beteiligt sind, diese eine Vereinbarung nach § 104 NSchG zu treffen. Der Fortbestand einer Förderschule LE, die bereits aufgelöst wurde, kann nicht beantragt werden, der Einrichtung einer Lerngruppe hingegen steht die Schließung nicht entgegen. (LT-DS 18/433)

Einstellungsverfahren für den Vorbereitungsdienst im Rahmen des Quereinstiegs

Für das kommende Schuljahr sind für das Einstellungsverfahren in den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter der allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen für alle Schulformen alle Unterrichtsfächer und sonderpädagogischen Fachrichtungen als Fächer des besonderen Bedarfs ausgewiesen worden. Sie stehen somit auch für den Quereinstieg offen. Für den Bereich der Grundschulen gilt die Voraussetzung, entweder im Haupt- oder Zweitfach das Unterrichtsfach Deutsch oder Mathematik nachweisen zu können.

Bildungsnotizen

Bundesmittel fließen nur an finanzschwache Gemeinden

Von den 289 Millionen Euro des Bundes werden in Niedersachsen voraussichtlich 379 Kommunen profitieren können, 65 als finanzstark geltende Schulträgen dürften leer ausgehen. Begründet ist diese Verteilung mit den Vorgaben des Bundes, entweder nur jede zweite Kommune zu berücksichtigen oder aber 70 Prozent der Mittel an die Kommunen zu geben, die finanzschwächer sind, und 15 Prozent auszuschließen. Niedersachsen entschied sich für die zweite Variante. Bis zum Jahresende haben die Kommunen nun Projektbeschreibungen vorzulegen, die die Modernisierung, Sanierung oder Erweiterung ihrer Schulen vorsehen.

Datenschutzbeauftragte weist auf Mängel im Gesetzentwurf hin

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Barbara Thiel, hat in einer Pressemitteilung vom 28.03.2018 darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf, der die Neuregelungen der Datenschutzgrundverordnung umsetzen soll, noch erhebliche Mängel aufweist. Er bleibe hinter dem bisherigen Datenschutzniveau zurück und setze die Vorgaben nur unzureichend um. So werde zum Beispiel der Direkterhebungsgrundsatz aufgegeben, der bisher ausschloss, dass sich Behörden Daten ohne Wissen der Betroffenen über Dritte besorgen konnten. Auch die Ausweitung der Videoüberwachung wird von der Datenschutzbeauftragten als unangemessen betrachtet. Eine Generalklausel öffne der Videoüberwachung Tür und Tor. Weiter wird kritisiert, dass der Entwurf keine Vollstreckungsmöglichkeiten bei datenschutzrechtlichen Verstößen von Behörden vorsieht und die Möglichkeiten des europäischen Rechts beim Verhängen von Geldbußen nur unzureichend genutzt werden. (**www.lfd.niedersachsen.de**)

Salafismusprävention an niedersächsischen Schulen

Die Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK) des LKA Niedersachsen führt gemeinsam mit der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) laut MK zahlreiche Veranstaltungen zur Thema-

tik durch beziehungsweise begleitet diese. Die Veranstaltungen sollen unter anderem der Sensibilisierung von Lehrkräften und Mitarbeiter*innen der NLSchB dienen. Darüber hinaus werden Unterrichtsmaterialien wie das Medienpaket „Mitreden“, das die Medienkompetenz im Hinblick auf islamistische Propaganda im Netz, aber auch rechtsgerichtete Islamfeindlichkeit schärfen soll, und der Film „Radikal – Extremismus, Propaganda, Medienkompetenz“ in die Präventionsarbeit implementiert. Ziel sei, Lehrkräfte und pädagogisches Personal für die Problematik zu sensibilisieren, so dass sie in Verdachtsfällen angemessen reagieren und sich entsprechend beraten lassen können. 2017 veröffentlichte das MK Handreichungen zum Thema „Neo-Salafismus, Islamismus und Islamfeindlichkeit in der Schule – Wie kann Schule präventiv handeln“. (Pressemitteilung des MK vom 01.03.2018)

BYOD soll auch in Niedersachsen zum Einsatz kommen

Kultusminister Tonne hat angekündigt, das Mitbringen und Nutzen eigener Endgeräte (bring your own divice) im Unterricht voranzutreiben. Damit werde Schule modern und Kommunikation vereinfacht. Außerdem könne die Nutzung eigener Endgeräte zur Medienkompetenz der Schüler*innen beitragen. Wie sichergestellt werden soll, dass jede/r Schüler*in über ein für diese Zwecke geeignetes Endgerät verfügt, ist vom MK bisher allerdings nicht bekannt gemacht worden.

NRW: Dienstanweisung zur privaten Nutzung von Computern

Das nordrhein-westfälische Schulministerium erlaubt Lehrkräften die Nutzung privater Rechner und Smartphones nur noch unter sehr strengen datenschutzrechtlichen Auflagen. Sofern diese Auflagen nicht eingehalten werden, trage die Lehrkraft die Haftung. Sicherzustellen sei, dass das private Betriebssystem regelmäßig aktualisiert und gewartet werde und dass ein Zugriff auf Schüler*innendaten, zum Beispiel durch WhatsApp, ausgeschlossen ist. Außerdem sind die Daten nach einem Jahr zu löschen und Sicherungskopien in Clouds untersagt. Die GEW NRW rät davon ab, das Formular zu unterschreiben und private Geräte für schulische Zwecke zu nutzen, da die Folgen nicht zu unterschätzen seien. Stattdessen habe der Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass die Lehrkräfte ihren Dienst vernünftig versehen können und dafür datenschutzkonform eingerichtete und regelmäßig gewartete Dienstgeräte erhalten.
Siehe unter: **www.logineo.schulministerium.nrw.de/_LOGINEO-NRW/Downloads/DV-Anlagen/Anlage5_2017-09-13_Genehmigung-Nutzung-private-Endger%C3%A4te.pdf**
Die niedersächsischen Vorgaben regelt der Runderlass „Verarbeitung personenbezogener Daten auf privaten Informationstechnischen Systemen (IT-Systemen) von Lehrkräften“ aus dem Jahr 2012 (SVBl. 6/2012).

MWK nimmt sich der Digitalisierungsoffensive an

Um die angekündigte Digitalisierungsoffensive der Hochschulen umzusetzen, hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) eine Stabsstelle „Digitalisierung in Kultur, Forschung und Wissenschaft“ eingerichtet. Sie soll die Digitalisierungsprozesse an den niedersächsischen Hochschulen begleiten, die Notwendigkeiten im Kulturbereich identifizieren und umsetzen sowie die Digitalisierungsprozesse innerhalb des Ministeriums gestalten. Außerdem soll sie die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft auf dem Gebiet der Digitalisierung durch anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie durch Wissenstransfers unterstützen, um das Innovationspotenzial der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die niedersächsischen Unternehmen nutzbar zu machen.
Geplant sind weiterhin Digitalisierungsprofessuren, um bedarfsgerechte Studienangebote zu schaffen, die sich nicht nur auf die technischen Fächer beschränken sollen. Wissenschaftsminister Thümler hofft, dass der didaktisch sinnvolle Einsatz digitaler Formate zur Verbesserung der Qualität der Lehre beitrage und durch zeitlich und räumlich flexibel gestaltete Studienangebote mehr Chancengerechtigkeit und Bildungsteilhabe ermöglicht werden.

Niedersächsische Schüler*innenzahlen

Während die Gesamtzahl der Schüler*innen im Schuljahr 2016/17 an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 8.000 (0,9 Prozent) auf 839.660 gesunken ist, ist der Anteil von Schüler*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit um 5,8 Prozent (77.240) gestiegen. Niedersachsen liegt damit leicht über dem Bundesdurchschnitt von 5,4 Prozent. 65.537 Schüler*innen besitzen die islamische Konfessionszugehörigkeit.
Laut MK wird mit einer weiteren Abnahme der Schüler*innenzahlen auf 818.000 gerechnet, da geburtenschwächere Jahrgänge folgen. Ab 2020 sei mit einer Steigerung auf 835.000 zu rechnen, die Prognose geht aber von einem anschließenden Rückgang aus.

Finanzminister weist auf zukünftiges Haushaltsloch hin

Laut Finanzminister Hilbers werden die Beschlüsse des diesjährigen Nachtragshaushalts (unter anderem für neue Stellen für Schulen und Polizei sowie die Beitragsfreiheit im ersten und zweiten Kindergartenjahr in Höhe von 109 Millionen Euro) ab 2020 zu einem Haushaltsbedarf in Höhe von rund 215 Millionen Euro führen, der bis 2022 auf 355 Millionen Euro ansteigen würde. Eingerechnet ist auch ein Mehrbedarf von 250 Millionen Euro für vermutet höhere Tarifabschlüsse. Vor diesem Hintergrund weist der Minister vorsorglich darauf hin, den Rahmen übersteigende Ausgabenwünsche der Ministerien (etwa 600 Millionen Euro) nur über gleichzeitige Kürzungen bei anderen Etatposten bewilligen zu wollen. Die politischen Prioritäten des zukünftigen Haushalts werden im Juni im Rahmen einer Kabinettsklausur getroffen.

Neue Stellen für MWK und MK

In der LT-DS 18/514 hat die Landesregierung die Nutzung der neu ausgewiesenen Stellen dargelegt. Die für das MWK geschaffenen sechs neuen Planstellen werden benötigt, um das Sondervermögen zu verwalten, das zur

Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen – insbesondere im Zusammenhang mit den Großbauvorhaben der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen – errichtet worden ist. Da aus diesem Sondervermögen keine Personalaufwendungen getätigt werden dürfen, ist das für die Aufgabenerledigung zusätzlich erforderliche Personal durch den Stellenausbau gesichert worden.
Die Stellen für das MK werden genutzt, um die Aufgabenzuwächse im Bereich der Inklusion, der frühkindlichen Bildung, des Ganztags und der Digitalisierung zu kompensieren. Hierfür werden eine neue Abteilung und neue Referate eingerichtet, die insgesamt drei zusätzliche Planstellen erforderlich machen. Drei weitere Stellen werden benötigt, um die Steuerung des Personalaufwuchses bei den Pädagogischen Fachkräften zu sichern, Grundsatzaufgaben und Vorhabenplanung sowie Sonderprojekte der Staatssekretärin voranzubringen und die serviceorientierte Weiterentwicklung der NLSchB sowie deren Anbindung ans MK zu gewährleisten.

Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende im Dualen System

Laut LT-DS 18/535 verfolgt die Landesregierung grundsätzlich das Ziel, ein wohnort- bzw. betriebsnahes qualitativ hochwertiges berufsschulisches Unterrichtsangebot vorzuhalten. Wo eine wohnortnahe Beschulung aus wirtschaftlichen und pädagogischen Gründen nicht sicherzustellen ist, ist eine Absicherung der Fahrt- und Unterbringungskosten geplant. Zurzeit erarbeitet das MK ein Gesamtkonzept zum Umgang mit den Auswirkungen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels auf berufsbildende Schulen. Vorgesehen ist zum Beispiel eine Änderung des Schulgesetzes zur Errichtung von Bezirks- und Landesfachklassen, um bestimmte Ausbildungsberufe weiterhin konzentriert anbieten zu können. Die damit zusammenhängend ab dem Schuljahr 2020/21 erforderlich werdenden Fahrt- und Unterbringungskosten werden zurzeit mit 25,2 Millionen Euro jährlich veranschlagt.

Land stärkt GHR 300

Das MWK stärkt das Konzept zur Lehrer*innenausbildung an Grundschulen sowie Haupt- und Realschulen dauerhaft mit jährlich mehr als 9 Millionen Euro. Damit soll das aus Sicht des MWK erfolgreiche Programm zur Gewinnung von Lehramtsstudierenden und deren bessere Qualifizierung für den schulischen Alltag verstetigt werden. An allen sechs GHR-Standorten sollen 16 neue Professuren geschaffen werden. Ziel ist auch, die Zahl der Befristungen verringern und die Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbauen zu können.

Land startet Reform der Erzieher*innenausbildung

Bereits zum kommenden Schuljahr startet eine Reform der Ausbildung, um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Seit 2013 hat das Land jährlich rund 450 neue Schulplätze geschaffen und zurzeit befinden sich mehr als 14.000 angehende Erzieher*innen in der Ausbildung. Zu dem „Niedersachsen-Plan: Mehr Fachkräfte für die Kita“ gehören mehrere Bausteine. So sollen 500 zusätzliche Ausbildungsplätze für sozialpädagogische Bildungsgänge geschaffen werden. Die Ausbildung soll zukünftig außerdem teilzeitgeeignet sein, sodass die angehenden Sozialpädagogischen Assistent*innen und Erzieher*innen neben der schulischen Ausbildung in Kindertagestätten zum Einsatz kommen und somit eine Vergütung erhalten können. Geplant ist auch, dass das MK das Schulgeld für Schüler*innen für den Schulbesuch an Schulen in freier Trägerschaft der Berufsfachschule Sozialpädagogische Assistenz und der Fachschule Sozialpädagogik übernehmen wird. Für etwa 4.400 Schüler*innen beliefen sich die Kosten auf rund fünf Millionen Euro, die im Haushalt 2019 zu berücksichtigen wären.
Die vierte Maßnahme sieht vor, die Ausbildung von Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen sowie Atem-, Sprech- und Stimmlehrkräften zukünftig anzuerkennen, sodass diese als Quereinsteigende in die zweijährige Fachschule Sozialpädagogik aufgenommen werden können und sich ihre Ausbildungsdauer um zwei Jahre verkürzt. (Pressmitteilung des MK vom 29.03.2018)
Auf Nachfrage des NDR teilte das MK Mitte März mit, dass mehr als 80 Prozent (757) der zusätzlich eingestellten Fach- und Betreuungskräfte (Zusatzkräfte) über eine erforderliche pädagogische Qualifikation verfügten. Die 138 Beschäftigten, die noch keine erforderliche Qualifikation vorweisen, könnten über den Quereinstieg tätigkeitsbegleitend eine verkürzte Ausbildung absolvieren.
Berufsbegleitende und vergütete Ausbildungsformate sollen zusätzlich zum Regelangebot der Erzieher*innenausbildung ausgebaut werden. Schon erste Pläne einer solch dualisierten Qualifizierung haben die Kritiker auf den Plan gerufen, die einerseits eine Senkung der Qualitätsstandards der Ausbildung befürchten und andererseits die Gefahr des Einsatzes von „Billigkräften“ und damit den Erhalt des Lohnniveaus im Erzieherberuf gefährdet sehen.

Neuer Flyer des MigrantenElternNetzwerks Niedersachsen

Zur Stärkung von Eltern mit Zuwanderungshintergrund, den Bildungsweg ihrer Kinder erfolgreich zu unterstützen und damit die Chancengleichheit zu verbessern, gibt es einen neuen Flyer auf Deutsch und Arabisch: „Von der Schule in den Beruf – Wege in Deutschland“. Er richtet sich an junge Neuzugewanderte und deren Eltern und beantwortet Fragen zu beruflichen Entscheidungen. Nähere Informationen sind zu finden unter: **www.men-nds.de**

Termine

Kabarettabend

René Sydow „Die Bürde des weisen Mannes“

Mittwoch, 30. Mai 2018, um 20 Uhr (Einlass ab 19 Uhr) im Haus am Eberbach in Stadtoldendorf (Linnenkämperstraße 26).

Warum wird die Welt nicht klüger, wenn der Zugang zu Wissen noch nie so leicht war? Warum verarmen Menschen, bei all dem Reichtum der Welt? Woher kommen Hass, Fanatismus und Turbo-Abi? Wer ist schuld an diesem Elend? Und wer trägt eigentlich die Bürde des weisen Mannes?

Antworten auf diese Fragen und weitere Denkanstöße gibt es am Mittwoch, dem 30. Mai 2018, denn der GEW-Kreisverband Holzminden lädt mit René Sydow den „am lautesten geflüsterten Geheimtipp“ des politischen Kabaretts nach Stadtoldendorf ein.

In seinem dritten Soloprogramm geht der Träger des Deutschen Kabarettpreises der Frage nach, was uns zum Menschen macht: Bildung? Wahlrecht? Oder doch nur freies WLAN?

Zum Schreien traurig und schockierend lustig. Dunkel und hoffnungsvoll. Politisches Kabarett auf der Höhe der Zeit.

Der Eintritt beträgt 16 Euro, GEW-Mitglieder zahlen nur 8 Euro. Karten sind an der Abendkasse erhältlich.

Reservierungen mit dem Betreff „Kabarett GEW“ sind per E-Mail an den Kreisverband Holzminden möglich (**joaschim@t-online.de**).

Mitgliederbeitrag und wichtige Daten

Die GEW ist auf rechtzeitige Rückmeldungen angewiesen

Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Höhe des individuellen Gehalts beziehungsweise der individuellen Besoldung. Einzelheiten dazu finden sich in der aktuellen Beitragsordnung, die auf **www.gew-nds.de** im Bereich Mitgliederservice zum Download zur Verfügung steht. Dort gibt es auch einen Beitragsrechner und weitere Informationen.

Wenn Gehälter und Bezüge steigen, dann steigt auch der Beitrag im gleichen Verhältnis. Die entsprechende Veränderung beim Einzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt zeitlich parallel dazu. Der Beitrag kann von der GEW nur dann korrekt festgelegt werden, wenn die Geschäftsstelle rechtzeitig über Veränderungen (Ende des Referendariats, Veränderung der Teilzeit, Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, …) informiert wird. Eine schnelle Information der Mitgliederverwaltung ist auch deshalb von Bedeutung, weil zu viel bezahlte Beiträge rückwirkend maximal nur für das laufende und ein weiteres Quartal erstattet werden können.

Auch die Meldung neuer Anschriften und Veränderungen hinsichtlich der Dienststelle sind wichtig, damit Informationen und Einladungen regional passend und entsprechend der Fachgruppe zugeschickt werden können.

Bitte für das Anzeigen von Änderungen das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage nutzen oder die entsprechenden Informationen per Mail senden:

mitgliederverwaltung@gew-nds.de

Anzeigen

DKMS
WIR BESIEGEN BLUTKREBS
KLEINE TAT, GROSSE WIRKUNG.
Retten Sie Leben! Registrieren Sie sich jetzt als Stammzellspender und helfen Sie mit, Blutkrebs zu besiegen. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **dkms.de**
Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein!

Klassenfahrten auf den Bauernhof
Landwirtschaft (er)leben
www.internationaler-schulbauernhof.de
Ansprechp: Axel Unger . T (05503) 805521

Ihre Anzeige in der E&W Erziehung und Wissenschaft
www.erziehungundwissenschaft.de
oder rufen Sie uns an:
0201 / 843 00 - 32

Erste Hilfe.
Selbsthilfe.
brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt

vinculum MUNDI
Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

NABU-Woldenhof
Klassenfahrten nach Ostfriesland
Landwirtschaft + Naturschutz
www.woldenhof.de 04942-990394

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe
Info-Tel.: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

GEW-Schuljahresplaner

Jetzt für nur 10 Euro bestellen!

- **DIN A4 Format, gebunden mit festem Einband**
- **180 Seiten, mit Seiten für Stundenpläne, großzügigen Notenlisten und Übersichten für Klassenarbeiten.**
- **Stoffverteilungspläne**
- **Ferienübersicht der Bundesländer**
- **ein Kalendarium mit einer Doppelseite pro Schulwoche; die niedersächsischen Ferien und Feiertage sind in das Kalendarium integriert**
- **Termin-Checkliste mit den wichtigsten Terminen des Schuljahres und Hinweisen auf die rechtlichen Grundlagen**
- **10 Euro pro Exemplar für Mitglieder – Nichtmitglieder zahlen 20 Euro zuzüglich Versandkosten**
- **Bestellung ab sofort über unsere Homepage: www.gew-nds.de/schuljahresplaner oder per Mail bei der Kollegin Höhne c.hoehne@gew-nds.de**
- **Abonnement möglich und durchaus erwünscht**